

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 3/23. Jg.

Mitteilungsblatt

Juli 2017

Zu dieser Ausgabe:

Wir gedenken unseres kürzlich im Alter von 99 Jahren verstorbenen Kollegen und Genossen Kurt Gossweiler, der mit herausragenden, neue Wegeweisenden, international beachteten Forschungen maßgeblich dazu beigetragen hat, die fundamentale Problematik des Faschismus als Konsequenz bürgerlicher, imperialistischer Ökonomie und Politik zu erhellen, unsere Sicht auf sie zu vertiefen. Als anregender und streitbarer Referent und Diskussionspartner auch im Rahmen unseres Arbeitskreises wird er uns immer in Erinnerung bleiben.

Die in dieser Nummer dokumentierten Beiträge aus Veranstaltungen des Arbeitskreises und unseres Kooperationspartners, der Marx-Engels-Stiftung e.V. Wuppertal, konzentrieren sich auf drei

Schwerpunkte: das Ringen um den Weltfrieden als elementare Überlebensbedingung der Menschheit, den Kampf gegen den Faschismus als brutalste Form bürgerlicher Reaktion und die Rolle des subjektiven Faktors im Ringen der Arbeiterbewegung, der Volksmassen um gesellschaftlichen Fortschritt. Sie zeigen, dass die grundlegenden Probleme unserer Zeit ihre *Geschichte* haben, aber zugleich die mit dieser verbundenen Erfahrungen viele wichtige Lehren und Anregungen für gegenwärtige und künftige Kämpfe bieten.

Unsere Korrespondenz beschließt wie immer die Übersicht über unsere weiteren Veranstaltungen bis Ende 2017.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Karl Antifaschistische Aktion 1932 und heute	S. 3
Prof. Dr. Heinz Karl Lenins „Partei neuen Typus“ im Widerstreit der An- und Draufsichten	S. 11
Prof. Dr. Heinz Karl Clara Zetkin in der KPD und der Kommunistischen Internationale	S. 18
Veranstaltungen des Arbeitskreises September-Ende 2017	S. 28

Impressum: Die *Geschichtskorrespondenz* erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises per e-Mail kostenlos zur Verfügung gestellt.

e-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) e-Mail-Adresse entweder per Mail an obige e-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Oktober 2017.

Prof. Dr. Heinz Karl

Antifaschistische Aktion 1932 und heute

Es überrascht nicht, dass zunehmend Entwicklungen in den frühen 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Erinnerung gerufen werden. Es ist auch kein Zufall, dass in den Medien viel über Phänomene an der Oberfläche, wie chauvinistische und rassistische Exzesse, auch über Rechts- und „Links“-Extremismus, aber so gut wie nichts über *reale* Ursachen und Hintergründe zu erfahren ist. Und es ist nicht verwunderlich, dass beim „Griff in die Geschichte“ bis weit in den linken Sektor hinein nicht das Kapital, die wirtschaftlichen, bürokratischen, militärischen Eliten ins Blickfeld gerückt werden, sondern die sogenannten „Nationalsozialisten“. Die Rolle der wirklich Mächtigen, für die folgende nationale Katastrophe Verantwortlichen, für die deshalb auch im Osten Deutschlands über vier Jahrzehnte kein Platz war, wird verschleiert. Uninteressant für den bürgerlichen Mainstream sind deshalb auch alle Aktivitäten der revolutionären Arbeiterbewegung und mit ihr zusammenwirkender progressiver Kräfte, die sich gegen die faschistische Reaktion und deren gesellschaftliche Triebkräfte richteten.

Grund genug, uns heute der 1932 von der KPD initiierten bedeutendsten Abwehrbewegung gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland – der *Antifaschistischen Aktion* – zuzuwenden. Aus welchen Entwicklungen ist sie erwachsen?

Schon Ende 1927 hatten die Unternehmerverbände von der Regierung gefordert, „den Kampf mit der Masse und mit dem Reichstage“/1/ aufzunehmen und antidemokratische Veränderungen zu vollziehen, die „eine sehr einschneidende Verfassungsänderung“/2/ bedeuten würden. Im Herbst 1929 forderte der Reichsverband der Deutschen Industrie rigorose sozialreaktionäre Maßnahmen und erklärte offen, dass dies unter einem parlamentarischen Regime nicht durchführbar sei, erhob die Forderung nach „einer festen und beständigen Regierung, die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist“ sowie nach einem *Ermächtigungsgesetz* und verlangte, „durch Verordnungen den Zustand zu schaffen, den die fehlende Gesetzgebung uns nicht schaffen kann“/3/. Maßgeblich betrieben durch die Reichswehrführung, amtierten seit April 1930 vom Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, eingesetzte Präsidialkabinette /4/, die zunehmend – und bald überwiegend – mittels präsidialer *Notverordnungen* (statt parlamentarischer Gesetze) regierten, das parlamentarische Regierungssystem schrittweise abbauten und systematisch die demokratischen Rechte und Freiheiten einschränkten und aushöhlten.

Faschisierung!

Zugleich vollzog sich eine gefährliche Umschichtung im bürgerlichen Parteiensystem und seiner Wählerbasis. Begünstigt durch die sich seit 1929 entwickelnde Wirtschaftskrise mit ihren sozialen Verwerfungen und mentalen Auswirkungen, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Massen und das dadurch schwindende Ansehen der bisher dominierenden bürgerlichen Parteien, gelang es der offen faschistischen Nazi-Partei Hitlers – 1928 noch eine *rückläufige* Randerscheinung! – durch wilde chauvinistische Hetze und hemmungslose soziale Demagogie bereits bei der Reichstagswahl im September 1930 wählerstärkste *bürgerliche* Partei zu werden, während die anderen bürgerlichen Parteien erhebliche Stimmeneinbußen erlitten oder in die Bedeutungslosigkeit versanken. Zu ihren bisherigen großkapitalistischen Förderern wie Kirdorf und Thyssen gesellten sich weitere wie Schacht und Vögler. Zwischen den Nazifaschisten einerseits, den Präsidialkabinetten und der Reichswehrführung andererseits entwickelte sich seit Oktober 1930 eine kontinuierliche und immer engere Kollaboration. Die SPD, die immer noch wählerstärkste Partei war und die Freien Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen dominierte, „toleriert“ die Präsidialregierungen als das angeblich „kleinere Übel“. Das war eine Grundbedingung für deren Wirken und damit für die weitere Rechtsentwicklung.

Die KPD erfasste frühzeitig das *Wesen* dieser Entwicklung – dass es sich um nichts anderes handelte als einen *Prozess der Faschisierung*, des schrittweisen *Überganges* zur faschistischen Diktatur. Bereits im März 1929 machte Ernst Thälmann auf „eine reaktionäre Umgestaltung der bürgerlichen Staatsordnung“ und „Ansätze in der Entwicklung zum Faschismus“/5/ aufmerk-

sam. Auf dem 12. Parteitag (Juni 1929) betonte er schon die besondere Gefährlichkeit der Nazi-partei, als diese nach einem halben Jahrzehnt wieder erste Wahlerfolge erzielte /6/. Lange vor ihrem spektakulären Wahlerfolg vom September 1930, am 4. Juni 1930, erklärte das Polbüro des ZK der KPD: „Vor der deutschen Arbeiterklasse steht in ganzer Größe die Aufgabe, den Faschismus und seine Terrorbanden bis zur vollständigen Vernichtung niederzukämpfen.“/7/ Von prinzipieller Bedeutung war die Erkenntnis, dass die vom Monopolkapital ausgelöste Faschisierung Deutschlands auf *zwei* Wegen vorangetrieben wurde: „sowohl durch die faschistischen Kampforganisationen als auch durch den bürgerlichen Staatsapparat“/8/. Thälmann kennzeichnete die Nazipartei als „das gefährlichste und schmutzigste Werkzeug des deutschen Finanzkapitals“/9/. Anfang 1931 charakterisierte er das verhängnisvolle Wechselspiel von Präsidialregime und Nazifaschismus beim Vorantreiben des Faschisierungsprozesses, wenn er feststellt, die Konstellation, dass „die faschistische Massenpartei nicht nur außerhalb der Regierung, sondern zur Zeit direkt in einer gewissen Scheinopposition bleibt, ist durchaus neuartig und entspricht ganz spezifischen Bedingungen, unter denen der Faschismus in Deutschland heranwächst“/10/. Kampf gegen die Faschisierung heiÙe, „um jeden Schritt, um jede Handbreit des Bodens, den der Faschismus erobern will, kämpfen und die wirtschaftlichen und die politischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigen“/11/.

Dieser antifaschistische Abwehrkampf erreichte seinen Höhepunkt 1932. Im April war der Erreaktionär Hindenburg von einer breiten Koalition – von konservativen bürgerlichen Parteien bis zur SPD – wiedergewählt worden. Die KPD hatte sich dieser verhängnisvollen (und für die SPD selbstmörderischen) Aktion unter der Losung „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler; wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ entgegengestellt. Unterstützung fand sie durch die linkssozialdemokratische Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) und die Christlich-radikale Arbeiter- und Bauernpartei des katholischen Politikers Vitus Heller. Ebenso durch den konsequenten bürgerlichen Demokraten Carl v. Ossietzky, der erklärte: „Linkspolitik heißt die Kraft dort einsetzen, wo ein Mann der Linken im Kampfe steht. Thälmann ist der einzige, alles andere ist mehr oder weniger nuancierte Reaktion.“/12/ Seinem Appell folgten auch Graf Helmuth James v. Moltke und Gräfin Freya v. Moltke – später Initiatoren des „Kreisauer Kreises“ gegen Hitler. Die Wiederwahl Hindenburgs sowie die kurz danach stattfindende Landtagswahl in Preußen, bei der die Nazis stärkste Fraktion wurden, signalisierten einen Rechtsruck, eine jähe Zuspitzung der faschistischen Gefahr.

Daraufhin wandten sich am 25. April 1932 das ZK der KPD und das Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) „an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, an alle Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften und an alle sozialdemokratischen Arbeiter“ mit einem Aufruf, in dem sie erklärten: „Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen!“/13/ Dieser Appell, der sich auch ausdrücklich an die *Organisationen* wandte, fand starken Widerhall.

Dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht verlegen!

Eine Bilanz dieser Entwicklungen zog die Tagung des ZK der KPD am 24. Mai 1932, die zum Ausgangspunkt einer neuen Etappe des antifaschistischen Abwehrkampfes wurde. Sie stellte als entscheidende politische Aufgabe, mit allen Mitteln die Einbeziehung der Nazipartei in die Reichsregierung und die preußische Regierung zu verhindern. Dagegen gelte es – wie Ernst Thälmann ausführte – eine Massenstimmung zu entfachen, sie unmöglich zu machen, weil sie die Entwicklung zur offenen, faschistischen Diktatur beschleunigen würde./14/ Dieses (im Grunde *strategische* /15/) Ziel bestimmte die gesamte Tätigkeit der KPD bis zum Frühjahr 1933.

Andere politische Richtungen schlossen eine solche begrenzte Aufgaben- und Zielstellung aus. Leo Trotzki sah Mitte 1932 für Deutschland „die Aufgabe des direkten und unmittelbaren Machtkampfes“ und der Bildung von *Sowjets* /16/. Ähnlich meinte August Thalheimer im Sommer 1932, man müsse „zum revolutionären Angriff übergehen. Man muß sich unmittelbar den Sturz des Kapitalismus zum Ziele setzen.“/17/

Von der entscheidenden *antifaschistischen* Aufgabe ausgehend, betrachtete das Maiplenum als das Wichtigste – so Thälmann – „das Herumreißen der Partei zu einer wirklichen Einheits-

frontpolitik... Das Wichtigste, was wir zu schaffen haben, wenn wir Kämpfe auslösen wollen, ist, die schon vorhandene Mauer, die zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern steht, zu beseitigen.“/18/ In diesem Zusammenhang wandte Thälmann sich entschieden gegen jegliche Gleichstellung von Nazi-Partei und Sozialdemokratie, ihre Betrachtung als „Zwillingsbrüder“/19/. In Auswertung des Maipenums wies er nachdrücklich auf die veränderte Stellung der SPD im politischen System hin: „Im Frühjahr, bis zum Sturze der Regierung Brüning, war die Sozialdemokratie die Koalitionspartei für das Reichskabinett Brüning, während jetzt die Nationalsozialistische Partei die Koalitionspartei wird. ... diese fundamentale Rolle, die die SPD spielte, wird jetzt mehr und mehr von der nationalsozialistischen Bewegung übernommen.“/20/

Eine dritte wichtige neue Fragestellung ergab sich zum einen aus dem veränderten Blick auf die SPD, zum anderen aus der neuen Konstellation im preußischen Landtag: die Orientierung auf Kompromisse mit den Parteien der Weimarer Koalition, um Positionsgewinne der Nazis zu verhindern. Thälmann hatte sie bereits am Tage vor dem ZK-Plenum der KPD-Landtagsfraktion erläutert, und ZK und Landtagsfraktion hatten einen gemeinsamen Aufruf „Rote Einheitsfront gegen die Preußen-Reaktion! Die KPD zeigt den Weg zur Verhinderung der Nazi-Regierung“/21/ veröffentlicht. Diese Orientierung ging – wie Thälmann erklärte – von folgender Überlegung aus: Wenn die SPD „wirklich den Kampf gegen ... den Faschismus führen will..., wenn das Zentrum es mit seiner radikalen Oppositionsstellung ernst meint, ... dann könnten wir in Preußen, wo eine Mehrheit von Sozialdemokratie, Zentrum und Kommunisten besteht, durch jede parlamentarische Abstimmung die Pläne der Papen-Regierung vernichten (parlamentarisch gesehen). Hier beginnt also eine kühne, offensive ... Ausnutzung der Schlüsselstellung unserer Partei im preußischen Parlament.“/22/

Diese wichtige Wendung nahm umgehend sehr konkrete, politisch wirkungsvolle und Chancen eröffnende Gestalt an. Im Landtag erklärte am 2. Juni der Vorsitzende der KPD-Fraktion, Wilhelm Pieck, an die Nazis gewandt: „Wir werden unter Einsetzung aller Kräfte des Proletariats zu verhindern suchen, daß Sie hier oder sonstwo anders die Regierungsmacht in die Hände bekommen.“/23/ Am 3. Juni stimmten die Kommunisten einen deutschnationalen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung nieder, dessen Annahme die Wahl eines Nazi-Ministerpräsidenten ermöglicht hätte. Damit sicherte die KPD, dass die Regierung Braun (SPD), die ihre parlamentarische Basis verloren hatte, als *geschäftsführende Regierung im Amt blieb*. Die KPD-Fraktion unternahm alles in ihren Kräften stehende, um die Wahl von Faschisten in das Landtagspräsidium zu verhindern. Sie erklärte ihre Bereitschaft, auf eigene Kandidaten zu verzichten und für ein aus Vertretern der SPD und des Zentrums bestehendes Präsidium zu stimmen. Doch beide Parteien lehnten dieses Angebot ab. Das Zentrum ermöglichte durch Stimmenthaltung die Wahl eines Nazis in die politische Schlüsselstellung des Präsidenten des Preußischen Landtags. Am 15. Juni stimmte die KPD-Fraktion den Nazi-Antrag nieder, die der SPD und der bürgerlich-demokratischen Deutschen Staatspartei angehörenden Minister in Anklagezustand zu versetzen. Im Reichstag verfolgte die KPD eine entsprechende Linie, mit SPD und Zentrum gegen die Faschisten zusammen-zuarbeiten.

Doch zurück zum Maipenum. Als Fazit aus den oben dargelegten Einschätzungen und Aufgabenstellungen zog Thälmann auf der ZK-Tagung den Schluss, dass „wir eine große antifaschistische Aktion in Deutschland durch unsere Partei und [die] RGO in die Wege zu leiten haben“/24/.

Als am folgenden Tage die Nazis im Preußischen Landtag einen blutigen Überfall auf die kommunistische Fraktion und ihren Vorsitzenden Wilhelm Pieck unternahmen, rief das ZK der KPD noch am 25. Mai zur Antifaschistischen Aktion auf. Diese müsse „dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht verlegen“, „der Faschisierung Deutschlands Einhalt ... gebieten“ und „durch den organisierten roten Massenselbstschutz in breitester Einheitsfront den Mordterror des Hitlerfaschismus brechen“. An die Sozialdemokraten gewandt hieß es: „schlagt in die Bruderhand ein, die die Kommunistische Partei euch bietet!“/25/

Das ZK der KPD orientierte die Parteiorganisationen darauf, sich dafür einzusetzen, dass sich zur „Leitung der Bewegung ... Einheitsausschüsse ... auf breitester Grundlage“/26/, Selbstschutzformationen und andere Gremien bilden, die ein möglichst breites antifaschistisches Bündnis zum

Ausdruck bringen.

Diese Initiative hatte außerordentliche Resonanz. In wenigen Wochen wurde die Antifaschistische Aktion zu einer deutschlandweiten organisierten Bewegung mit wirklichem Massencharakter, an der in großem Umfange Sozialdemokraten, Mitglieder des Reichsbanners und der freien Gewerkschaften, Sportler und Angehörige christlicher Organisationen aktiv teilnahmen, die nicht nur Arbeiter, sondern auch Intellektuelle, Bauern und andere Kreise der Mittelschichten erfasste.

Wie zeitgemäß und realistisch Situationsanalyse und Schlussfolgerungen des Maiplenums waren, zeigte sich schon nach wenigen Tagen. Am 30. Mai musste Brüning demissionieren; am 1. Juni wurde der Großgrundbesitzer, Großaktionär und ehemalige Generalstabsoffizier Franz v. Papen zum Reichskanzler ernannt. Die KPD schätzte dessen „Kabinett der Barone“ sofort als „Platzhalterin des Hitlerfaschismus“ ein, das „die Vorbereitung der offenen, faschistischen Diktatur in Deutschland“/27/ betreibe.

Dementsprechend wandte sie sich insbesondere an die Leitungen der SPD und der von ihr geführten Massenorganisationen, um ein gemeinsames Auftreten gegen die faschistischen Vorstöße zu erreichen. So appellierte am 16. Juni Walter Ulbricht im Namen der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg an die Berliner Vorstände der SPD, der Freien Gewerkschaften und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold (einer vor allem von Sozialdemokraten getragenen republikanischen Wehrorganisation), eine Massendemonstration gegen die faschistische Reaktion und die Papen-Regierung zu unterstützen./28/ Das wurde abgelehnt, obwohl selbst Lageberichte des Reichsinnenministeriums registrierten, dass es eine „bei den breiten Massen überaus wirksame“/29/ Initiative war. Ähnlich handelten die anderen Bezirksleitungen der KPD.

Alle Beispiele erfolgreichen Zusammenwirkens verstärkten in der sozialdemokratischen Bewegung die Bereitschaft zur antifaschistischen Aktionseinheit. Mitte Juli registrierte das Reichsinnenministerium: „Im ganzen Reiche gehen die praktischen Einheitsfrontaktionen weiter. SPD-Betriebsräte gehen mit roten Kollegen zusammen, Reichsbannermitglieder erscheinen als Delegierte ihrer Kameraden in kommunistischen Versammlungen... Gemeinsame Sargwachen und Beteiligungen bei Beerdigungen sind schon überall die Regel, ebenso wie bei oder nach nationalsozialistischen Aufmärschen regelmäßig wirklich überparteiliche Demonstrationen veranstaltet werden. Sozialdemokraten erscheinen bei den vielerorts veranstalteten antifaschistischen Kongressen der KPD...; Gewerkschaftsfunktionäre erklären, daß man die entgegengehaltene Bruderhand der KPD nicht zurückweisen dürfe.“/30/ Je stärker dieses Drängen wurde, desto nachhaltiger stemmte sich ihm jedoch der Parteivorstand der SPD entgegen. In einem Rundschreiben an die Bezirksvorstände vom 28. Juni verbot er jegliche Verhandlungen mit Kommunisten und drohte Zuwiderhandelnden mit dem Ausschluss.

Als am 20. Juli 1932 Papen durch einen von der Reichswehr abgesicherten Staatsstreich die von der SPD – die Hindenburgs Wiederwahl ermöglicht hatte – geführte preußische Regierung absetzte, schlug die KPD den Vorständen der SPD und der Freien Gewerkschaften vor, Papens Staatsstreich mit dem Generalstreik zu beantworten. Aber die kommunistische Initiative wurde ignoriert; die Berliner Gewerkschaftsvorstände diffamierten sie sogar als Provokation./31/

Auf Grund der den Massen verständlichen und auch den Interessen der Sozialdemokraten entsprechenden Zielstellung sowie der außerordentlichen Aktivität der kommunistischen Parteioorganisationen gelang es trotz der negativen Haltung der sozialdemokratischen Führungsinstanzen, viele gemeinsame Aktionen von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten herbeizuführen. Viele Hunderte gemeinsamer Ausschüsse und Kampfleitungen entstanden, in denen Kommunisten und Sozialdemokraten, viele christliche Arbeiter, Sportler, Intellektuelle, auch Bauern einträchtig und wirksam zusammenarbeiteten. Vor allem eine Vielzahl von Formationen des antifaschistischen Massenselbstschutzes – wie Straßen- und Häuserschutzstaffeln – konnten geschaffen werden./32/ Die gemeinsamen Interessen von Kommunisten und Sozialdemokraten, Christen und bürgerlichen Demokraten an der Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten bildeten das stärkste Motiv der Aktionseinheit. Besonders die Erfordernisse der Abwehr des faschistischen Terrors bewirkten die breitesten Verbindungen antifaschistischer Kräfte und führten am ehesten zu organisierten Formen gemeinsamen Kampfes.

Wirkungen der Antifaschistischen Aktion

Erste Ergebnisse zeigten sich bald. Die Antifaschistische Aktion vermochte den faschistischen Terror im Sommer 1932 im wesentlichen zu brechen. Schon die Reichstagswahl am 31. Juli 1932, bei der die Nazis mit 13,8 Millionen Stimmen (37,4 %) ihr *bestes* Ergebnis erzielten, zeigte zugleich, dass ihr Vormarsch faktisch zum Stillstand gebracht worden war, in Stagnation überging. - Die Naziartei erlangte bei den Reichstags- bzw. Reichspräsidentenwahlen im September 1930: 6,4 Mill. Stimmen (18,3 %), März 1932: 11,3 Mill. (30,1 %), April 1932: 13,4 Mill. (36,8 %), Juli 1932: 13,8 Mill. (37,4 %). – Selbst auf ihrem Höhepunkt waren sie weit von einer absoluten Mehrheit entfernt – fast zwei Drittel der deutschen Wähler hatten sie *nicht* gewählt. Für eine Koalition aber fanden sie keinen Partner. Die anderen rechtskonservativen Kräfte wurden durch ihren Zuwachs geschwächt; die Zentrums-Führung, die mit ihnen darüber verhandelt hatte, musste mit Rücksicht auf ihre Anhänger davon Abstand nehmen – auch eine Wirkung der Antifaschistischen Aktion, die das politische Klima verändert und die Sensibilität gegenüber den Faschisten verstärkt hatte.

Die Antifaschistische Aktion trug entscheidend zu der schweren politischen Niederlage der Nazis im Herbst 1932 (u.a. Verlust von zwei Millionen Wählern bei der Reichstagswahl am 6. November) sowie zum Sturz der profaschistischen Regierung Papen bei.

Wesentlichen Anteil daran hatte die von der KPD und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) geführte erfolgreiche Streikwelle im Herbst 1932. Durch rund 1100 Streiks, von denen etwa 80 % erfolgreich endeten, gelang es, den von Papen mittels Notverordnung versuchten, bisher rabiatesten Lohn- und Unterstützungsabbau weitgehend abzuwehren.

Höhepunkt der Herbststreikwelle war der Streik der 22.000 BVG-Arbeiter Anfang November. Hier hatten sich in einer Urabstimmung mit 85prozentiger Beteiligung 79% der Kollegen für den Streik entschieden, um weiteren Lohnabbau zu verhindern. Den Streik führte eine gewählte Zentrale Streikleitung, in der die RGO den bestimmenden Einfluss hatte. 16 Mitglieder gehörten den Freien Gewerkschaften an, einige waren unorganisiert; eine verschwindende Minderheit – ganze vier – waren Nazis. Diese hatten bei der letzten Betriebsratswahl etwa 1.500 Stimmen erhalten und sahen sich aus taktischen Gründen – wenige Tage vor der Reichstagswahl – genötigt, am Streik teilzunehmen. Ihre erzwungene Teilnahme war ein günstiges Moment, weil dadurch der Streikbruch erschwert wurde. Der Streik legte den U- Bahn-, Straßenbahn- und Omnibus-Verkehr in Berlin völlig lahm. Ein unmittelbarer Erfolg des Streiks wurde durch die sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaftsinstanzen hintertrieben. Sie riefen, sobald ein Schiedsspruch gefällt war, der den Lohnabbau sanktionierte, zur Wiederaufnahme der Arbeit auf – also faktisch zum Streikbruch – und erreichten, dass die Hälfte der Streikenden dem folgte. Daraufhin musste der Streik abgebrochen werden. Den- noch hatte er bedeutende Auswirkungen. Er offenbarte nicht nur den politischen Bankrott der Papen-Regierung – der reaktionärsten Regierung vor Hitler. Die Reichstagswahl am 6. November (während des Streiks) brachte der KPD in Berlin einen besonders großen Erfolg, jedoch sowohl der Naziartei als auch der SPD besonders schwere Verluste. Vor allem in der SPD führte das zu heftigen Auseinandersetzungen, weil die Funktionäre mit Recht dafür auch die Streikbruchtaktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer verantwortlich machten./33/

Die Niederlage des Nazifaschismus löste in der Naziartei eine tiefe Krise aus, die auch Auflösungserscheinungen zeitigte. Dabei war der Tiefpunkt offenbar noch nicht erreicht. Ihre Stimmenverluste setzten sich fort bei der Lübecker Bürgerschaftswahl und den sächsischen Kommunalwahlen am 13. November und bei den Kommunalwahlen in Thüringen – wo sie seit August regierte – am 4. Dezember.

Beredtes Zeugnis legt das Tagebuch ihres Reichspropagandaleiters Joseph Goebbels ab. – 7. November: „Auf dem Berliner Gau herrscht eine sehr gedrückte Stimmung...“ -10. November: „Überall tauchen nun Ärger, Streit und Mißhelligkeiten auf.“ - 11. November: „Kassenlage der Berliner Organisation ... ist ganz trostlos. Nur Ebbe, Schulden und Verpflichtungen, dazu die vollkommene Unmöglichkeit, nach dieser Niederlage irgendwo Geld in größerem Umfange aufzutreiben.“ – 6. Dezember: „Die Lage im Reich ist katastrophal. In Thüringen haben wir seit dem 31. Juli nahezu 40 Prozent Verluste erlitten.“ – 8. Dezember: Gregor Strasser, der „zweite Mann“ nach Hitler, legt unerwartet alle seine Ämter nieder. Goebbels kommentiert hysterisch: „Verrat! Verrat!

Verrat! ... In der Organisation herrscht schwere Depression. Die Geldsorgen machen jede zielbewußte Arbeit unmöglich. ... Die Inspektoren der Partei sind beim Führer versammelt. ... Wir sind alle sehr deprimiert. ... die Gefahr besteht, daß die ganze Partei auseinanderfällt. ... Die Lage in der Partei spitzt sich von Stunde zu Stunde zu. ... Der Führer ... verbittert ... sagt nur: „Wenn die Partei einmal zer- fällt, dann mache ich in 3 Minuten mit der Pistole Schluß.“/34/

Bilanz

Die Antifaschistische Aktion hat den Prozess der Faschisierung bis zu einem gewissen Grade gehemmt, die Errichtung der faschistischen Diktatur erschwert und verzögert.

Es ist schon an sich bemerkenswert, dass im Zusammenhang mit der Antifaschistischen Aktion der Masseneinfluss der KPD für die Zeit bis 1945 seinen Höhepunkt erreichte. Bereits 1930 war sie – als erste (und vor dem Zweiten Weltkrieg einzige) kommunistische Partei eines kapitalistischen Landes – in der Hauptstadt wählerstärkste Partei geworden. Bei den Reichstagswahlen im November 1932 stimmte jeder sechste deutsche Wähler (in Berlin jeder dritte) für die KPD, die fast sechs Millionen Stimmen erhielt (gegenüber 7,25 Mill. für die SPD). In den neun industriell entwickeltesten Wahlkreisen (dem heutigen Nordrhein-Westfalen, Berlin und Umgebung, dem mitteldeutschen Industriegebiet und Oberschlesien) erhielt die KPD 2,5 Mill., die SPD 1,7 Mill. Stimmen. Das zeigt, in welchem Maße sich die Sympathien der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse der KPD zuzuneigen begannen.

Vor allem aber bot sich jetzt die Chance, durch ein gemeinsames Auftreten der Arbeiterparteien und Gewerkschaften den Kräften der Faschisierung eine Niederlage zu bereiten. Doch sie wurde durch die nicht nur unverändert, sondern sogar *verschärft* antikommunistische Positionierung der SPD-Führung vertan./35/

Erfahrungen und Lehren

Kann man 1932 und 2017 vergleichen? Natürlich verbieten sich Analogien. Aber alle Erfahrungen mit dem Großkapital, seinen politischen Konzepten, dem Agieren seiner politischen, bürokratischen, militärischen Eliten, seinen Medien mahnen zu größter Vorsicht.

Die wichtigste Erfahrung ist, dass es unbedingt notwendig ist, im Ringen um antifaschistische Bündnisse die größte Breite anzustreben. Falsch ist es allerdings (wie es Bernd Langer tut /36/), antifaschistische und antikapitalistische Motivationen einander entgegensetzen.

Nicht nur, weil damit die realen gesellschaftlichen Ursachen faschistischer Gefahren und Entwicklungen ignoriert werden. Nicht weniger wichtig ist die Erfahrung, dass die Antifaschistische Aktion ihre größte Wirkung gerade dort entfaltet hat, wo die antifaschistischen Anliegen eng mit den wirtschaftlichen und sozialen Tagesinteressen verbunden waren.

Außerordentlich wichtig ist die Beachtung der Dialektik von Spontaneität und Bewusstheit. Das erfordert insbesondere auch die stete Berücksichtigung der Vielfalt organisatorischer Strukturen und ihrer sehr oft *spontanen* Herausbildung. Es gibt kein Schema für Formen und Methoden! Anfang der 30er Jahre hatte die antifaschistische Bewegung ihre breiteste Basis im Massenselbstschutz. Aber auch Einheitsausschüsse, Kampfkomitees, Erwerbslosenausschüsse, Mieterausschüsse, Bauernkomitees, Kampfausschüsse gegen die Kulturreaktion, Konferenzen und Kongresse der Antifaschistischen Aktion spielten eine große Rolle. Heute können eine ähnliche Rolle Bündnisse, Netzwerke, Runde Tische usw. spielen.

Offensichtlich ist in der Antifaschistischen Aktion 1932 das inspirierende, mobilisierende, organisierende, koordinierende, vermittelnde, zusammenführende Wirken der KPD. Ohne sie hätte es diese breite, starke, stabile Bewegung nicht gegeben. Langers Entgegensetzung von antifaschistischer (Basis-) Bewegung und Kommunistischer Partei /37/ widerspricht sowohl den Erfahrungen von 1932 als auch den heutigen. Dabei steht das Problem der politischen Avantgarde heute in anderer Weise als 1932, aber es steht – die Alternative heißt Zersplitterung. Auch Michael Hardt /38/ irrt, wenn er einerseits die Zersplitterung und Instabilität der „Multitude“ beklagt, aber andererseits unbedingt ohne eine politische Avantgarde auskommen will (was im übrigen *allen*

Erfahrungen seit der Antike widerspricht).

Wesentliche Lehren vermittelt auch die Behandlung des Verhältnisses von ideologischem und – wie man es damals nannte – „wehrhaftem“ Kampf gegen Faschisten, die entschiedene Bekämpfung des Abgleitens in individuellen Terror. Dies darf aber auf keinen Fall dazu führen, Faschisten die Straße (bzw. überhaupt öffentlichen Raum) zu überlassen.

Von fundamentaler Bedeutung ist das Primat des außerparlamentarischen Kampfes. Es ist eine grundlegende Lehre der 30er Jahre, dass die Demokratie nicht durch parlamentarische Manöver, sondern allein durch den aktiven Kampf der Volksmassen geschützt werden kann. Davon ausgehend, kann die parlamentarische Arbeit eine wichtige Rolle spielen.

Ungemein wichtig ist eine kritische Haltung zum „Antifaschismus“ des bürgerlichen Staates.

Anmerkungen

- * Einführungsvortrag auf der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises in Berlin-Weißensee am 18. Mai 2017.
- 1 Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. I, Berlin 1963, S. 669.
- 2 Ebenda, S. 662.
- 3 Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 50, Januar 1930, S. 37/38.
- 4 Unter Heinrich Brüning (März 1930-Mai 1932), Franz v. Papen (Juni-November 1932) und General Kurt v. Schleicher (Dezember 1932/Januar 1933).
- 5 Auf der Tagung des ZK der KPD am 14. März 1929; vgl. Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin 1979, S. 414.
- 6 Vgl. E. Thälmann: Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden, Bd. 1, Frankfurt a.M.1976, S. 211/212.
- 7 Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914-1946, Berlin 1954, S. 265.
- 8 Ebenda, S. 267.
- 9 Rede in Hamburg am 8. August 1930. In: E. Thälmann, Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933, Berlin 1973, S. 149.
- 10 E. Thälmann: Die KPD im Vormarsch. In: Ders., Zur Machtfrage. Reden, Artikel und Briefe 1920-1935, Berlin 1982, S. 288.
- 11 Auf dem Januarplenium 1930 des ZK der KPD (ebenda, S. 278).
- 12 Carl von Ossietzky: Schriften II, Berlin-Weimar 1966, S. 40/41.
- 13 Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933. Hrsg. u. eing. v. H. Karl u. E. Kücklich unter Mitarb. v. E. Fölster u. K. Haferkorn, Berlin 1965, S. 3 u. 7.
- 14 Vgl. ebenda, S. 13*.
- 15 Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang Thälmanns Erläuterungen zum Umgang mit der Losung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung. So stellte er auf der Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure der KPD am 8. Juni 1932 nachdrücklich fest, dass eine Aufstellung dieser Losung „als Aktionsparole ... eine Verkennung der gegenwärtigen Situation“ (Bundesarchiv, SAPMO; alte Signatur: IML, ZPA, 1/30/51) wäre.
- 16 Leo Trotzki: Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, Berlin 1932, S. 22, 23 u. 54.
- 17 August Thalheimer: Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?, Berlin 1932, S. 13 u. 19.
- 18 E. Thälmann, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1977, S. 186/187.
- 19 Ebenda, S. 185.
- 20 Die Antifaschistische Aktion, S. 83.
- 21 Vgl. Die Rote Fahne, (Berlin), 24. Mai 1932.
- 22 Die Antifaschistische Aktion, S. 87.
- 23 Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IV, Berlin 1981, S. 455.
- 24 Thälmann, Bd. 2, S. 191.
- 25 Die Antifaschistische Aktion, S. 33.
- 26 Ebenda, S. 36.
- 27 Ebenda, S. 78.
- 28 Vgl. ebenda, S. 114/115.
- 29 Ebenda, S. 136.
- 30 Ebenda, S. 186/187.
- 31 Vgl. Vorwärts, (Berlin), 21. Juli 1932 (Morgenausgabe).

- 32 Vgl. Die Antifaschistische Aktion, S. 388-406.
- 33 Vgl. Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/1933. Hrsg. u. bearb. v. Hagen Schulze, Bonn/Bad Godesberg (1975), (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 4), S. 41/42, 52 u. 68.
- 34 Joseph Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 197, 200, 217 - 220.
- 35 Vgl. Heinz Karl: November 1932: Wird Hitler gestoppt? In: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 11/2012, S. 23 ff. u. 12/2012, S. 29 ff.; bzw. *Geschichtskorrespondenz*, Nr. 1(Januar)/2013, S. 3 ff. – Ders.: August Bebel, das Eigenlob der SPD und ihre Rolle im Jahre 1933. In: Ebenda, Nr. 3(Juli/August)/2013, S. 15 ff.
- 36 Vgl. Bernd Langer: Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung, (Münster 2014); z.B. S. 11,18,73. Dies verwundert allerdings nicht, liest man eine die Sicht des Autors auf die Problematik charakterisierende Aussage wie: „Die These, dass die NSDAP vor allem ein Instrument der Großindustrie und der ‚Hochfinanz‘ gewesen sei, ... lässt sich bei näherer Betrachtung nicht halten.“ (S. 54)
- 37 Vgl. ebenda, S. 69 ff. u. 128 ff.
- 38 Vgl. Michael Hardt: Jetzt ist die Zeit, Großes zu tun. In: neues deutschland, 6./7. Mai 2017, S. 18/19.

Prof. Dr. Heinz Karl

Lenins „Partei neuen Typus“ im Widerstreit der An- und Draufsichten

Als Günter Judick vor zehn Jahren, auf unserer Konferenz zum 90. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, zu uns sprach, lautete eine seiner Thesen: „Die Bolschewiki siegten auf dem Weg zum Oktober als diskutierende und in entscheidenden Situationen einheitlich handelnde Partei.“

Im Leitungskollektiv der Partei waren die unterschiedlichen Positionen vertreten. Mit Lenin wirkten alte Bolschewiki wie Kamenew, Sinowjew, Stalin ebenso wie der neu zu den Bolschewiki gekommene Trotzki. Fast alle gerieten bei den komplizierten Vorgängen zeitweilig in Detailfragen in Widerspruch zu Lenin, doch es war gerade dessen Autorität, die es schaffte, auch nach harten Diskussionen wieder zu gemeinsamer Arbeit zu finden. Die Bolschewiki waren stark, weil ihre Leitung kollektiv nach Lösungen suchte.“^{1/}

Günter Judick hat damit zwei Kernprobleme antikapitalistischer, sozialistischer Bewegung angesprochen – zum einen die Unabdingbarkeit einer vom Marxismus, der Theorie von Marx, Engels und Lenin, inspirierten revolutionären Partei als politischer Vorhut, Führungskraft, zum anderen die konkrete Gestaltung der Organisiertheit, des inneren Lebens dieser Partei auf eine Weise, die ihre größte Kraftentfaltung, ihr effektivstes Wirken gewährleistet.

Verständlich, dass die herrschende Großbourgeoisie wie vor 170 Jahren das „Gespenst des Kommunismus“ beschwört und kommunistische Parteien sozusagen als das Zentrum im „Reich des Bösen“ mit allen Mitteln diffamiert und verfolgt. Ablehnung kommt aber auch von anderer Seite.

Heute wird vielfach, in kleinen und kleinsten Gruppen, aber auch in breiten sozialen Bewegungen, die Meinung vertreten, Parteien hätten sich überlebt und sollten den neuen Bewegungen Platz machen. Das widerspiegelt das Versagen vieler Parteien vor den Herausforderungen der Gegenwart – auch sozialdemokratischer und pseudo-sozialistischer Parteien, die sich vom Ziel der Ablösung des Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung verabschiedet haben. Jüngstes Beispiel

ist das Fiasko der französischen Sozialistischen Partei im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl. Solche Parteien haben sich in der Tat überlebt. Nicht überlebt aber haben sich Parteien, die im Geiste von Marx, Engels und Lenin wirken. Sie können – und müssen – den neuen sozialen Bewegungen echte *Partner* – nicht „Führer“ – sein, den Bewegungen, die, so machtvoll sie auch sein mögen, auf Grund ihrer Breite, aber auch Spezifik, und ihrer Heterogenität – die gerade ihre Stärke ausmachen – nicht die Aufgaben einer progressiven, revolutionären politischen Partei erfüllen können. Für sozialistische, kommunistische Parteien, die im Sinne von Marx und Lenin wirken, ist das eine enorme Herausforderung.

Konspirative Kaderpartei?

Ein (an sich schon pseudowissenschaftliches) Standardargument gegen die revolutionäre marxistische Partei (und auch für die Verteufelung frühsozialistischer Staaten auf Grund der Führungsrolle solcher Parteien) ist die geschichtsfälschende Behauptung, Lenin habe die (den konkreten historischen Bedingungen geschuldete) enge, zentralistische, konspirative Organisation von Berufsrevolutionären *bis 1905* als den für alle Zeiten und Länder verbindlichen Parteityp verfochten. Es ist schon ein völlig ahistorisches Herangehen, nicht zu berücksichtigen, dass die von Lenin in „Was tun?“, auf dem II. Parteitag der SDAPR und in seiner Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ vorgetragene Gedanken einfach der aufgezwungenen Illegalität, dem Wirken des zaristischen Polizei- und Justizapparats Rechnung trugen, tragen *mussten*.

Aber einfach unredlich ist es, zu *ignorieren*, dass Lenin schon kurze Zeit später, während des revolutionären Aufschwungs 1905, entsprechend den veränderten Kampfbedingungen eine jähe Wende vollzog und sein Parteikonzept ganz wesentlich veränderte. Das widerspiegelte vor allem sein grundsätzlicher Artikel „Über die Reorganisation der Partei“ vom November 1905.

Er begann ihn mit der Feststellung: „Die Bedingungen für die Tätigkeit unserer Partei verändern sich von Grund aus.“/2/ Er verwies auf die erkämpfte Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit, warnte vor Illusionen, aber betonte, dass es „unbedingt notwendig“ sei, „die jetzige, verhältnismäßig größere Bewegungsfreiheit weitestgehend auszunutzen. ...neben dem konspirativen Apparat immer mehr neue, legale und halblegale, Parteiorganisationen (und sich an die Partei anlehrende Organisationen) zu schaffen.“/3/ „Man muß sich schnellstens auf neue Art organisieren...“/4/ Erforderlich sei nun die maximale Entfaltung der innerparteilichen Demokratie. „Unsere Partei ist zu lange in der Illegalität gewesen. Sie ist in den letzten Jahren darin fast erstickt...“/5/; sie tue jetzt den „entscheidenden Schritt zur vollen Verwirklichung des demokratischen Prinzips in unserer Parteiorganisation.“/6/ Das heiße vor allem, „sofort, unverzüglich beginnen, das Prinzip der Wählbarkeit anzuwenden“/7/. Schließ-ch: „Um die Organisation auf eine neue Grundlage zu stellen, ist ein neuer Parteitag unerlässlich.“/8/ Lenin beschränkte sich also nicht auf die Realisierung der genannten Umgestaltungen durch das bestehende, von den Bolschewiki dominierte ZK, sondern hielt es für notwendig, sie auf einer breiten demokratischen Basis zu vollziehen, auch wenn dies die bolschewistische Dominanz in Frage stellen würde. Dies alles charakterisierte Lenin als „die notwendige Reform der Partei“/9/.

An diesem Wendepunkt des Klassenkampfes und der Parteientwicklung zeigte sich zum ersten Mal mit aller Deutlichkeit, dass Lenins Herangehen an das Problem der *Parteiorganisation* niemals doktrinär, sondern immer *historisch-konkret* war und von den *objektiven* Bedingungen und Erfordernissen, *nicht subjektivem* Kalkül ausging.

Bolschewistische Strömung in einheitlicher Partei

Das vom III. Parteitag der SDAPR (April/Mai 1905) gewählte, aus Bolschewiki bestehende ZK berief den IV. (Vereinigungs-) Parteitag (April 1906) ein, der ein ZK wählte, in dem die Bolschewiki in der Minderheit waren. In dem vom V. Parteitag (April/Mai 1907) gewählten ZK hatten die Bolschewiki und mit ihnen kooperierende Kräfte wieder die Mehrheit. Von 1905/1906 bis 1911/1912 wirkten die Bolschewiki also in einer einheitlichen SDAPR mit *unterschiedlichen* Strömungen, wobei sie mit Ausnahme des relativ kurzen Zeitraumes von April 1906 bis April 1907 im ZK dominierten. Sie kooperierten in der Regel mit der lettischen und der polnischen Sozialdemokratie, aber auch mit Teilen des jüdischen „Bund“ und mit Plechanows „parteitreuen Menschewiki“. Sie setzten sich ideologisch mit dem Reformismus der Menschewiki auseinander, aber bekämpften mit Teilen der Menschewiki das opportunistische Liquidatorentum. Immer verteidigten sie die Einheit der SDAPR gegen opportunistische Spalter; *ausgegrenzt* wurden nur die Liquidatoren. Niemals warfen Lenin und die Bolschewiki die Frage einer *Spaltung* der SDAPR auf!

Als *ein* Beispiel für die Haltung Lenins und der Bolschewiki in dieser Konstellation sei hier auf einen von Lenin formulierten Beschluss des bolschewistischen Zentrums vom Juni 1909 Bezug genommen. Darin wird erklärt, dass „die bolschewistische Fraktion seit Wiederherstellung der Einheit der Partei (auf dem IV. Parteitag im April 1906 – H.K.) die Anhänger ihrer politischen Linie stets auf Grund von Fragen, die bereits Gegenstand einer Diskussion in der gesamten Partei geworden waren, und stets auf dem Wege des ideologischen Kampfes für die bolschewistische Lösung dieser Fragen im Rahmen der gesamten Partei ... gewonnen und vereinigt hat“, was auch „die Gewinnung aller der Fraktion wesensverwandten Elemente für die Fraktion garantiert“, dass die bolschewistische Fraktion ihr Haupt-ziel, „Einwirkung auf die Partei im Interesse des endgültigen Sieges der Linie der revolutionären Sozialdemokratie in der Partei ... allein im Rahmen der ganzen Partei“ realisieren könne und die „Einberufung besonderer bolschewistischer Konferenzen und Parteitage unvermeidlich zur Spaltung der Partei von oben bis unten führen“/10/ würde. Das bolschewistische Zentrum warne daher „vor der Agitation für einen besonderen bolschewistischen Parteitag als einer Agitation, die objektiv zur Spaltung der Partei führt und der Position, die die revolutionäre Sozialdemokratie in der Partei bereits errungen hat, einen schweren Schlag versetzen kann“/11/. Auch hier ist bemerkenswert, dass Lenin nicht nur die Bolschewiki in seinem Blickfeld hat, sondern ausdrücklich auch auf *alle* ihnen „wesensverwandten Elemente“ und deren Gewinnung hinweist, die Vorhutrolle der Bolschewiki deutlich macht, aber keineswegs einen Ausschließlichkeitsanspruch erhebt.

Im übrigen sollten immer wieder die sehr anregenden Betrachtungen Robert Steigerwalds zu

dieser außerordentlich wichtigen, aber auch sehr komplizierten Problematik zu Rate gezogen werden./12/

Obwohl dieser wohlbegründeten Linie kein *voller* Erfolg beschieden war, förderte sie die Organisation und Aktivierung der Arbeiter und erhöhte den Einfluss der Bolschewiki, schränkte die Auswirkungen des Liquidatorentums ein.

Im Stalinschen „Kurzen Lehrgang“ wurde dieses Wirken Lenins und der Bolschewiki für die Einheit und Aktionsfähigkeit der SDAPR sehr unterbelichtet und das Schwergewicht auf die „Vertreibung der Opportunisten aus der Partei“ gelegt.

Sind diese historischen Erfahrungen nicht von aktueller Bedeutung? Betrachten wir das politische Spektrum links von der SPD, dann sehen wir, dass den größten politischen Einfluss DIE LINKE hat,

eine Partei sozialdemokratischen Typs, die in sich formell Strömungen vereinigt, die unterschiedliche, ja gegensätzliche Klassenpositionen repräsentieren. Dass durch diese Strömungen Klassegegensätze reflektiert werden, wird u.a. durch „Rot-Rot-Grün“-Debatten, verbunden mit naiven Illusionen über die Möglichkeiten derartiger Regierungskoalitionen und die Motivationen ihrer Partner bemäntelt. Für die Mehrheit der Mitglieder der Linkspartei ist diese Situation ziemlich undurchsichtig. Zum Beispiel hat die Mehrheit sowohl der Mitglieder als auch der Wähler der Berliner LINKEN dem neuen Koalitionssenat erhebliche Erwartungen entgegengebracht, und dies trotz der Erfahrungen mit schon zwei „rot-roten“ Koalitionen!

Wie sollen in dieser Situation die Linken in der LINKEN agieren? Was können marxistische Linke außerhalb der Linkspartei tun, um notwendige Klärungsprozesse zu befördern, sinnvolle Initiativen und Aktionen auf den Weg zu bringen?

Wer sich etwa mit *Offen-siv* (der Zeitschrift aus Hannover) bildet, für den ist die Sache natürlich sonnenklar: Nichts wie raus aus dem blassen rosaroten Saftladen! Aber sie haben ihre politisch-geistigen Ahnen bei den Otsowisten und Ultimaten, mit denen Lenin sich herum-schlagen musste, als er die oben zitierten bolschewistischen Positionen formulierte. Die gleiche bolschewistische Tagung, die sie beschloss, hat diese ultralinken Gruppierungen aus der bolschewistischen Fraktion ausgeschlossen.

Die Kommunistische Plattform, das Marxistische Forum, die Antikapitalistische Linke und andere Formationen des linken Flügels in der Partei DIE LINKE wären meines Dafürhaltens schlecht beraten, wenn sie den „offen-siven“ Sirenengesängen auf den Leim gingen und dem „rot-rot-grün“-süchtigen rechten Parteiflügel das Feld überlassen würden. Leninscher, „bolschewistischer“ Kurs heißt in diesem Falle: Verteidigung des (weitgehend marxistischen) Parteiprogramms, der friedenspolitischen Grundsätze, der „roten Haltelinien“ in der Regierungsfrage – um nur das Wichtigste zu nennen. Aber das Allerwichtigste ist es, die klärende Auseinandersetzung um diese Kernfragen der Politik der Partei *im oben dargelegten Leninschen Sinne* in die Mehrheit der Mitgliedschaft hineinzutragen – hier liegt die entscheidende Aufgabe.

Wer diese Prozesse von außen positiv beeinflussen will, muss sich konkret auf sie einlassen.

Enorm wichtig ist der Dialog der Marxisten, der Anhänger von Marx, Engels und Lenin, aus der Partei DIE LINKE und der DKP, und nicht zu vergessen: vieler in keiner Partei organisierter Marxisten, ins-besondere aus der DDR-Intelligenz (sie ist ja noch nicht ganz ausgestorben), viele von ihnen engagieren sich in sozialen Initiativen und Bewegungen.

Es ist eine ganz gewichtige Tatsache, ein neues historisches Moment: *Keine dem Marxismus, den Lehren von Marx, Engels und Lenin verpflichtete politische Kraft in Deutschland kann im Alleingang der Rolle gerecht werden, wie Lenin sie für die revolutionäre marxistische Partei jedes Landes als notwendig erachtet hat!*

„Partei von neuem Typus“

Ähnlich wie der revolutionäre Aufschwung 1905 brachte auch die russische Februarrevolution 1917 eine neue Wendung in der politisch-organisatorischen Entwicklung der Partei. Noch aus der Schweizer Emigration charakterisierte Lenin in einem Brief an Alexandra Kollontai vom 17. März

die neue Situation und leitete daraus die nächsten Aufgaben ab. Es gelte „*nicht das geringste* Vertrauen, nicht die geringste Unterstützung für die neue Regierung“ zuzulassen, sondern alles zu tun, „um die Eroberung der Macht durch die *Sowjets der Arbeiterdeputierten* vorzubereiten“. Das bedeute „*bewaffnetes Abwarten, bewaffnete Vorbereitung* einer *breiteren* Basis für eine *höhere* Etappe“. Und das erfordere, „die Arbeit zu erweitern, die Massen zu organisieren, neue Schichten, die rückständigen, ländlichen Schichten, die Dienstboten, zu erwecken... Neue Initiative wecken, neue Organisationen in allen Schichten schaffen“, also „systematische Arbeit für eine Partei von *neuem* Typus ... zu leisten.“/13/ Diese „Partei von *neuem* Typus“ – das war die Partei, die in wenigen Monaten zu einer *Massenpartei* mit Hunderttausenden von Mitgliedern anwuchs, die in breiter Öffentlichkeit wirkte, die Mehrheit in den Sowjets gewann und – nur acht Monate nach dem Sturz des Zarismus – die Errichtung der Sowjetmacht bewirkte.

Diese zielklare, organisiert handelnde, aktive, sich auf die Massen orientierende Partei zog wie ein Magnet bisher zentristische, aber sich nach links entwickelnde politische Gruppierungen – d.h. alle „wesensverwandten Elemente“ (so Lenin 1909) - an. Die wichtigste von ihnen waren die von Leo Trotzki geführten „Meshrayonzi“/14/, die vom VI. Parteitag (August 1917) in die SDAPR(B) aufgenommen wurden. Hier erwies sich wieder Lenins Fähigkeit, nicht nur politische Prozesse, sondern auch Persönlichkeiten in ihrer Entwicklung zu sehen. Noch in seinem Brief vom 17. März hatte er ganz besonders vor „schwankenden Elementen, wie beispielsweise ... Trotzki und Co.“/15/ gewarnt; nun, im Herbst 1917, bewies Trotzki als Vorsitzender des Petrograder Sowjets und seines Revolutionären Militärkomitees, dass Lenin zu Recht sein Urteil revidiert hatte.

Auch in seiner Schrift gegen den „linken Radikalismus“ (1920) trifft Lenin ganz wesentliche Aussagen zur Parteiproblematik im engeren Sinne, zum Wesen der Partei. Ich möchte nur zwei hervorheben.

Lenin stellt die Frage: „wodurch wird die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats aufrechterhalten? wodurch wird sie kontrolliert? wodurch gestärkt?“ Und er antwortet:

„Erstens durch das Klassenbewusstsein der proletarischen Avantgarde und ihre Ergebenheit für die Revolution, durch ihre Ausdauer, ihre Selbstaufopferung, ihren Heroismus.

Zweitens durch ihre Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, *aber auch mit den nichtproletarischen* werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja ... sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen.

Drittens durch die Richtigkeit der politischen Führung, ... ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, daß sich die breitesten Massen *durch eigene Erfahrung* von dieser Richtigkeit überzeugen. [...]

Ohne diese Bedingungen werden die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce.“/16/

Als die *entscheidenden* Grundlagen für die Einheit, Geschlossenheit und Disziplin der Partei werden ihre richtige, von den Massen verstandene politische Linie und ihre enge Verbindung mit den Massen charakterisiert. Kein Wort von organisatorischen Festlegungen und Maßregeln! Natürlich hat Lenin sie nicht vergessen. Aber es ging ihm offensichtlich darum, mit aller Deutlichkeit auf das Wesentliche, das Erstrangige, das Ausschlaggebende hinzulenken. Wie recht Lenin mit dieser Sicht hat, ist zum Beispiel uns in der DDR, in der SED – einer 2,3-Millionen-Partei! – 1989 vor Augen geführt worden.

Wesentliches über Lenins Auffassung von einer revolutionären marxistischen Partei besagt auch seine Einschätzung, „daß die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie der Partei *am nächsten* kam, wie sie das revolutionäre Proletariat braucht, um siegen zu können“/17/. Und dies auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit dem Zentrismus, als Lenin die Sorge umtrieb, *unverbesserliche* zentristische Politiker könnten – sich an die bisher ihnen folgenden Massen klammernd – in die Kommunistische Internationale und deren Sektionen gelangen und sie schwächen. Offensichtlich sah Lenin die kommunistische Partei als eine Massenpartei mit effektiven Strukturen, ihre Angelegenheiten demokratisch regelnd, in zweckmäßiger Kooperation mit Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen, mit enger Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit.

Für „innerparteiliche Arbeiterdemokratie“

Die letzte einschneidende Wendung in der innerparteilichen Entwicklung der KPR(B), eine ganz wesentliche *Präzisierung* ihres ideologisch-politischen und organisatorischen Profils brachte der X. Parteitag (März 1921). Er war – ungeachtet des Sieges im Bürgerkrieg (und *diesen in Frage stellend*) – konfrontiert mit *der kompliziertesten Situation seit Errichtung der Sowjetmacht*: eine wirtschaftliche und politische Krise, die Gefahr eines Bruchs des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft, sehr negative soziale und ideologische Auswirkungen des Bürgerkriegselends und der Wirtschaftskrise auf die Arbeiterklasse, die sich in der Kommunistischen Partei in Fraktionsbildungen und einer anarcho-syndikalistischen Abweichung widerspiegelten. Unter diesen Bedingungen bedeutete eine Gefährdung der Einheit der Partei auch eine Gefährdung der Arbeiter- und Bauernmacht. In dieser *Ausnahmesituation* fasste der Parteitag den bekannten, von Lenin formulierten Beschluss über die Einheit der Partei, der fraktionelle Gruppierungen untersagte.

Im Interesse einer *Verständigung* wurde im Beschluss aber zugleich festgelegt, „daß hinsichtlich der Fragen, welche die besondere Aufmerksamkeit, z.B. der Gruppe der sogenannten ‚Arbeiteropposition‘, auf sich gelenkt haben – Säuberung der Partei von nichtproletarischen und unzuverlässigen Elementen, Bekämpfung des Bürokratismus, Entfaltung des Demokratismus und der Initiative der Arbeiter usw. -, alle wie immer gearteten sachlichen Vorschläge mit der größten Aufmerksamkeit geprüft und in der praktischen Arbeit erprobt werden müssen.“/18/ Ebenso wurden zwei Vertreter der „Arbeiteropposition“ in das ZK gewählt.

Bei der historiographischen Behandlung dieser Problematik wurde aber kaum berücksichtigt, dass der Parteitag ein für die Parteientwicklung und Parteitheorie weit gewichtigeres Dokument angenommen hat – die Resolution zu den Fragen des Parteaufbaus. Ihr prinzipieller, methodologisch bedeutsamer Ausgangspunkt lautete: „1. Die Partei des revolutionären Marxismus lehnt das Suchen nach einer absolut richtigen, für alle Stufen des revolutionären Prozesses tauglichen Organisationsform der Partei und gleichermaßen das Suchen nach solchen Arbeitsmethoden prinzipiell ab. Im Gegenteil, die Organisationsform und die Arbeitsmethoden werden ganz und gar von den Besonderheiten der gegebenen konkreten historischen Situation und von den Aufgaben bestimmt, die sich unmittelbar aus dieser Situation ergeben.

2. Von diesem Standpunkt aus ist es klar, daß sich jede Organisationsform und die entsprechenden Arbeitsmethoden bei einer Veränderung der objektiven Entwicklungsbedingungen der Revolution aus Formen der Entwicklung der Parteiorganisation in Fesseln dieser Entwicklung verwandeln können...“ /19/

Die Resolution analysierte äußerst kritisch die negativen Veränderungen, welche die außerordentlichen Bedingungen und Anforderungen des Interventions- und Bürgerkrieges in der Arbeitsweise der Partei und im Parteileben bewirkt hatten, machte die großen Gefahren deutlich, die daraus für die Stellung der Partei in der sowjetischen Gesellschaft erwachsen und zog Schlussfolgerungen für die Festigung der Verbindung mit den Massen und die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie.

Die Resolution schätzte ein, dass die Bedingungen des Bürgerkrieges zu „*einem extremen organisatorischen Zentralismus und ... der Einschränkung der kollektiven Organe der Parteiorganisation*“/20/ gezwungen hätten. Dabei „entwickelte die Zentralisierung die Tendenz, sich in Bürokratisierung umzuwandeln und sich von den Massen loszulösen“; sie führte „zur Aufblähung des bürokratischen Apparates und schuf die Tendenz zu seiner Isolierung.“/21/

Jetzt gehe es darum, eine „innerparteiliche Arbeiterdemokratie“ zu verwirklichen, „die allen Parteimitgliedern, auch den zurückgebliebensten, die aktive Teilnahme am Parteileben, an der Erörterung aller Fragen, die vor der Partei stehen, an der Lösung dieser Fragen und auch die aktive Teilnahme am Parteaufbau gewährleistet.“ Sie „schließt jegliches Ernennen als System aus, sie kommt zum Ausdruck in der breit angewandten Wählbarkeit aller Funktionen von unten bis oben, in ihrer Pflicht der Rechenschaftslegung, darin, daß sie unter ständiger Kontrolle stehen usw. Die *Arbeitsmethoden* sind vor allem die Methoden der umfassenden Erörterung aller wichtigen Fragen, sind Diskussionen über diese Fragen bei voller Freiheit der innerparteilichen Kritik,

sind die Methoden der kollektiven Ausarbeitung der Beschlüsse...“/22/ Verwirklicht werden müsse „die umfassende Erörterung aller wichtigen Fragen des Lebens der gesamten Partei, des allgemeinen politischen und örtlichen Lebens auf den Vollversammlungen der Parteimitglieder bis zu den Parteizellen...“/23/

Damit war eine prinzipielle Orientierung für das Wirken der Kommunistischen Partei und ihre innere Verfassung unter den Bedingungen der Übergangsperiode zum Sozialismus und darüber hinaus gegeben. Dass sie nicht unumstritten, nicht unverrückbar war, zeigt ein Vergleich mit Aussagen J. Stalins zur gleichen Problematik.

Im Entwurf zu einer Broschüre vom Juli 1921 charakterisierte er die Rolle der Kommunistischen Partei im Sowjetstaat „als eine Art *Schwerträgerorden*“, als „mächtigen Orden“ und als „das Kommandeurkorps“ der Arbeiterklasse./24/ Das war mit Lenins Forderung, sich engstens mit den Massen zu verbinden, sich mit ihnen zu *verschmelzen*, wohl kaum vereinbar. Seine Betrachtung der Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen als simple „Transmissionsriemen“ der Kommunistischen Partei (Über die Grundlagen des Leninismus, 1924) /25/ vereinfachte die realen Verhältnisse und leistete sektiererischem Herangehen Vorschub. Auch seine Empfehlungen für das Führen innerparteilicher Auseinandersetzungen /26/ unterscheiden sich erheblich von Lenins Ringen um die Einheit der Partei.

Der inkonsequente, einseitige und formale Umgang mit den prinzipiellen Entscheidungen des X. Parteitages über die Partei und die praktische Verwirklichung ihrer Rolle, wie er sich nach Lenins Ausscheiden aus der Parteiführung nach und nach durchsetzte, hat wesentlich zur stalinistischen Defomation der KPdSU(B), zum Abgehen vom Leninschen Kurs und zum Niedergang der Sowjetgesellschaft beigetragen.

Wie wir sehen, sind Lenins Vorstellungen von der revolutionären marxistischen Partei, die *Entwicklung* dieser Vorstellungen und die Auseinandersetzungen um sie keineswegs nur von historischem Interesse. Ganz im Gegenteil! Sie vermitteln wichtige Lehren und Anregungen für die Gegenwart und Zukunft der sozialistischen, kommunistischen Bewegung und sind gründlicher als bisher zu untersuchen. Von besonderem, zunehmenden Interesse sind die Erfahrungen der Jahre von 1905/06 bis 1911/12.

Anmerkungen

* Vortrag im Rahmen der Tagung der Marx-Engels-Stiftung „Arbeit an der Geschichte – für eine bessere Zukunft“, gewidmet dem Gedenken an Günter Judick, Wuppertal, 29. April 2017.

1 *Geschichtskorrespondenz*, 2(April)/2007, S.4.

2 W.I. Lenin: Werke, Bd. 10, Berlin 1958, S. 13.

3 Ebenda.

4 Ebenda.

5 Ebenda, S. 16.

6 Ebenda, S. 17.

7 Ebenda, S. 14.

8 Ebenda, S. 13.

9 Ebenda, S. 16.

10 Lenin, Bd. 15, Berlin 1962, S. 452.

11 Ebenda, S. 452/453.

12 Vgl. R. Steigerwald: *Kommunistische Stand- und Streitpunkte*, GNN Verlag 2002, S. 90 ff.

13 W.I. Lenin: Briefe, Bd. IV, Berlin 1967, S. 401.

14 Meshrayonzi – wörtlich: „Leute zwischen den Rayons“, „Zwischenbezirkler“; sinngemäß: zwischen allen Gruppierungen stehend.

15 Lenin, Briefe, Bd. IV, S. 401.

16 Lenin, Bd. 31, Berlin 1959, S. 9.

17 Ebenda, S. 18.

18 Lenin, Bd. 32, Berlin 1961, S. 247/248.

19 Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK, 1898-1954, Bd. III. Hrsg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1957. Als Ms. gedr., S. 166.

20 Ebenda, S. 167.

21 Ebenda, S. 169.

22 Ebenda, S. 171.

23 Ebenda, S. 174.

24 J.W. Stalin, Werke, Bd. 5, Berlin 1952, S. 61.

25 Stalin, Bd. 6, Berlin 1952, S. 157.

26 Ebenda, S. 162/163.

Prof. Dr. Heinz Karl

Clara Zetkin in der KPD und der Kommunistischen Internationale*

Mit Clara Zetkin schloss sich eine der bekanntesten und angesehensten Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale der kommunistischen Bewegung an. Eine Persönlichkeit, von der Friedrich Engels begeistert war und von der Franz Mehring sagte, dass „in der Kenntnis der marxistischen Theorie wenige Lebende sich mit ihr messen können und sicherlich keiner ihr darin überlegen ist“/1/. Entsprechende Positionen nahm sie in der KPD und der Komintern ein. Sofort nach ihrem spektakulären Übertritt von der USPD zur KPD (auf dem USPD-Parteitag im März 1919) wurde sie in die Zentrale der KPD kooptiert, der sie bis Februar 1921, von August 1921 bis Februar 1924 und von März 1927 bis Juni 1929 angehörte. Vom III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (KI) 1921 (dem ersten, an dem sie teilnehmen konnte) bis zu ihrem Tode war sie Mitglied ihres Exekutivkomitees (EKKI), seit Bildung seines Präsidiums auch dieses Führungsorgans. In all diesen Jahren war ihr Gesundheitszustand immer labil bis schlecht, und mehrmals war sie dem Tode nah.

Ihr Wirken in KPD und Komintern ist nicht voneinander zu trennen. In beiden Organisationen bezog sie offen, konsequent und auf hohem Niveau Stellung zu den zentralen politischen Problemen, insbesondere dann, wenn diese strittig waren. Auf mehreren Komintern-Kongressen und KPD-Parteitagen war sie Referentin zu besonders wichtigen Themen, so auf dem Erweiterten EKKI-Plenum im März 1922 über den Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg; auf dem IV. Weltkongress der KI im November 1922 über „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“; auf dem Erweiterten EKKI-Plenum im Juni 1923 über den Kampf gegen den Faschismus; auf dem V. Weltkongress der KI im Juli 1924 über die Intellektuellenfrage. Eine bedeutende Rolle spielte ihre Tätigkeit im Reichstag, dem sie von 1920 bis zu ihrem Tode ununterbrochen angehörte, in dem sie 1920 die erste kommunistische Rede hielt und den sie 1932 als Alterspräsidentin mit einem antifaschistischen Appell eröffnete.

Für eine *Massenpartei*

Von Anfang an wirkte sie leidenschaftlich darauf hin, dass die KPD sich als *Massenpartei* verstand und als solche effektiv wirkte, bekämpfte sie mit aller Energie Sektierertum und pseudolinke Verbalradikalismus. Freimütig bekannte sie im Januar 1921 in einem Brief an Lenin: „... lieber Freund, die Revolutionsschufte sind nicht so gefährlich wie die Revolutionesesel. Ich will gern bis zum äußersten die Revolutionsschufte bekämpfen, mit den Revolutioneseseln zu sympathisieren übersteigt meine Kraft.“/2/ Von der Begründung der Einheitsfrontpolitik an war sie deren vehemente Verfechterin.

Entschieden positionierte sie sich zu deren kompliziertem Aspekt: einer möglichen Regierungsbeteiligung der KPD, einer Koalition mit der SPD – sogenannter Arbeiterregierungen – zunächst im Rahmen einzelner deutscher Länder. Sie wich auch nicht dem Dilemma aus, vor dem die Kommunisten in dieser Frage zwangsläufig standen: „Verwerfen wir die Arbeiterregierung, so werden bürgerliche und reformistische Quacksalber den Arbeitern die Lüge vorschwatzen, es sei uns nicht ernst mit all den Forderungen, die wir zur Linderung der brennendsten Tagesnöte der Ausgebeuteten und Bedrückten erheben, denn wir verzichteten darauf, die Macht zu schaffen, die sie durchzusetzen imstande wäre.“/3/ (Ein offenbar zeitloses Argument – noch heute, nach 95 Jahren, taufisch!) Andererseits - nicht minder aktuell – erblickt sie die Gefahr, „das Zustandekommen einer Arbeiterregierung mit der Preisgabe wesentlicher Parteipostulate und unerlässlicher Bedingungen einer starken, klassenbewußten, proletarischen Politik zu erkaufen, um der ‚Rettung‘ einer Arbeiterregierung willen mit ihrem Namen und Ruf eine Politik der Feigheit und des Verrats zu decken.“/4/

Deshalb steht für Clara Zetkin in unlöslicher Verbindung mit der allgemeinen, prinzipiellen Behauptung einer eventuellen Regierungsbeteiligung die Frage, unter welchen Umständen und zu welchen Bedingungen ein solcher Schritt möglich und zweckmäßig ist. Bereits in ihrer ersten Stellungnahme vom November 1921 betont sie das ihres Erachtens Wichtigste: Eintritt in eine

derartige Regierung „unter der Bedingung, daß breite Massen hinter uns stehen und uns ermöglichen, nicht etwa eine rein kommunistische Politik zu treiben ... – aber eine rein proletarische gegenüber der Bourgeoisiepolitik.“ /5/ Die Durchsetzung der elementaren wirtschaftlichen und politischen Tagesinteressen der werktätigen Massen gegen die Politik der Großbourgeoisie waren für Clara Zetkin unverzichtbare Forderungen im Falle einer Regierungsbeteiligung, die ohne deren Sicherstellung jeden Sinn verlieren würde. In ihrem Grundsatzartikel über die Arbeiterregierung nennt sie zusammenfassend als die allgemeinen Bedingungen des Eintritts in eine Regierung: das unverwechselbare eigene politische Profil („Reinheit der kommunistischen Physiognomie“), die Selbständigkeit der kommunistischen Politik, eine feste Verbindung mit den Massen, „die Ausrichtung auf Vertiefung und Beschleunigung des Selbstverständigungsprozesses der Arbeiterklasse“/6/.

1924/1925 nahm Clara Zetkin sehr aktiv am Kampf gegen die ultralinken sektiererischen Gruppierungen in der KPD um Arcady Maslow, Ruth Fischer und andere teil. In den Debatten ging es ihr um die Durchsetzung der Einsicht, dass die Parteien ihren Aufgaben nicht gerecht werden können, „wenn sie kleine, reine Sekten sind, die die Gebetsmühle von revolutionären Formeln drehen“/7/, sondern nur als Massenparteien, die „in den Massenaktionen das denkende und leitende Hirn, das organisatorische Rückgrat und das leidenschaftlich vorwärtstreibende Herz“/8/ sind. Dabei bekräftigte sie den Anspruch, dass „jede kommunistische Partei eine organisatorisch fest gegliederte, starke, zentralisierte, disziplinierte Einheit ist, die sich weder an eine andere Partei hängt, noch sich in Massen verliert“/9/. Sie unterstützte den Offenen Brief des EKKI an die KPD (August 1925) und den dadurch ausgelösten Umschwung in der Parteiführung, stimmte auch ihrer erneuten Wahl in das ZK durch den 11. Parteitag 1927 zu.

Clara Zetkin rang um Antworten auf die neuen, komplizierten Fragen, die sich im Zusammenhang mit der kapitalistischen Stabilisierung in der zweiten Hälfte der 20er Jahre ergaben. Besonders beschäftigte sie das immer schwierigere Verhältnis zur SPD. Im Oktober 1929 schrieb sie in einem Memorandum an das EKKI und die Delegation der KPdSU(B) im EKKI: „Wie mit des Schwertes Schneide muß insbesondere die Trennungslinie gegen die reformistische Sozialdemokratie gezogen sein. ... Das Ringen Brust an Brust mit dem reformistischen Schützer des Kapitalismus, der Kampf mit ihm um die Erkenntnis, die Gefolgschaft der breiten Massen zwingt zu scharf umrissener Herausbildung unserer revolutionären Physiognomie. ... Die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft wirft die KPD als proletarische Klassenpartei mit steigender Wucht gegen die Sozialdemokratie, ihre Ideologie, ihre Politik, sie erlaubt keine Annäherung an sie.“/10/ Und: „Besonders scharf, wie frisch geschliffene Klingen, müssen unsere Auseinandersetzungen mit den linken Sozialdemokraten sein, die dafür schwärmen, sich selbst zu betrügen, um andere betrügen zu können.“/11/ Bereits im Reichstagswahlkampf 1928 hatte sie die Leipziger Arbeiter vor „den Aposteln jener besonders gefährlichen Spielart des Reformismus“ gewarnt, „die unverfälscht bürgerliche Einstellung zum proletarischen Klassenkampf und zur proletarischen Revolution mit marxistischen Formeln verhüllen und die vor der Bourgeoisie abdankende Koalitions- und Burgfriedenspolitik der Scheidemann-Wels-Breitscheid-Leipart mit aufgeregten wilden Gebärden zu decken versuchen.“/12/

Gegen imperialistischen Krieg

Nach dem Ersten Weltkrieg leistete Clara Zetkin eine unermüdliche analytische und publizistische Arbeit, um die Lehren des Kampfes gegen die Vorbereitung und Führung dieses bis dahin größten Krieges der Geschichte zu ziehen und die neuen Bedingungen und Anforderungen des Kampfes um den Frieden zu ergründen. Als die KI erstmals – auf der Tagung ihres Erweiterten EKKI im Februar/März 1922 – diese Probleme grundsätzlich und umfassend erörterte, wurde Clara Zetkin mit dem Referat betraut.

Sie wies nach, dass drei Jahre nach dem Versailler Frieden die Rüstungen und die Gefahr neuer imperialistischer Kriege größer seien als vor 1914. Die zu Expansion, Aufrüstung und Krieg treibenden Widersprüche des Kapitalismus verschärfen sich noch. Der Militarismus war sowohl in seiner äußeren, aggressiven Funktion gestärkt als auch in seiner inneren, gegen die Arbeiterklasse und andere gesellschaftlichen Kräfte gerichteten Funktion gefährlicher geworden.

Ihre Analyse mündete in die Warnung, dass neue imperialistische Kriege drohten, „gewaltiger an Umfang, furchtbarer an Greueln und weittragender in ihren Folgen als der Krieg von 1914 bis 1918“ /13/. Ihre Prognose gründete sie darauf, dass der Kampf um die Märkte sich weiter verschärfe, das Streben nach Beherrschung wichtiger Rohstoffquellen, namentlich von Erdöl, anderen Brennstoffen und Erzen immer aggressiver verfolgt werde und sich mit dem Ringen um die Kontrolle strategisch wichtiger Räume, wie des Schwarzmeergebietes, verbinde. Im Fernen Osten entstehe ein neuer Hauptkriegsherd.

Sie lenkte die Aufmerksamkeit auf die grundlegenden Entwicklungstendenzen in der Kriegführung und Waffenentwicklung, weil „kein Zweifel daran ist, daß der Luftkrieg künftig alles Dagewesene an Schrecken und Barbarei überbieten wird“/14/. Besonders warnte sie vor der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen: „In den chemischen Staatslaboratorien der nordamerikanischen Union sind entsprechende Erfindungen gemacht worden so teuflischer Art, daß das Blut stockt, wenn man über ihre Wirkungen liest.“/15/

Angesichts der wachsenden Gefahren erlangte die Formierung von Kräften, die sich der imperialistischen Kriegspolitik entgegenstellten, noch größere Bedeutung. Clara Zetkin maß den Widersprüchen im bürgerlichen Lager in den Fragen von Krieg und Frieden große Bedeutung bei. Sie verwies insbesondere auf die Kleinbauernschaft sowie das Klein- und mittlere Bürgertum, aber auch die Fertigwarenindustrie und das Handelskapital, deren Interessen durch Rüstungskapital und Kriegspolitik beeinträchtigt würden. Vor allem aber forderte sie, die bürgerlich-pazifistischen Kräfte und Aktivitäten genauer zu berücksichtigen. Die von den Pazifisten favorisierten Forderungen nach Abrüstung, internationalen Schiedsgerichten, internationaler Verständigung über die Annullierung aller Kriegsanleihen und Kriegsschulden wären zwar mit Illusionen verbunden, könnten aber dennoch genutzt werden, um Menschen, die diese Forderungen für realisierbar halten, für Friedensaktionen zu gewinnen. Sie würden schließlich durch eigene Erfahrungen diese Illusionen überwinden.

Clara Zetkin unterstrich, dass die Einheitsfrontpolitik auch im Kampf um den Frieden angewandt werden müsse. Sie forderte, an die in sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften sich entwickelnden Strömungen und Tendenzen anzuknüpfen. Dies war auch deshalb wichtig, weil die Probleme der Rüstungspolitik auch in den Tageskämpfen der Werktätigen eine immer größere Rolle spielten.

Nötig sei vor allem eine systematische Aufklärung der Massen, in erster Linie der Jugend, über Ursachen und Charakter der Kriege. Insbesondere gelte es, alle wichtigen Fragen und Entscheidungen der Außenpolitik, der Rüstungen usw. öffentlich zu machen. Nur so sei zu sichern, dass die Massen im Ernstfall in der Lage wären, mit Aktionen den Kriegspolitikern in den Arm zu fallen.

Gegen den Faschismus

Nicht weniger eindringlich warnte Clara Zetkin vor der anderen großen, heraufziehenden Gefahr. „Das Proletariat hat im Faschismus einen außerordentlich gefährlichen und furchtbaren Feind vor sich. Der Faschismus ist der stärkste, der konzentrierteste, er ist der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie...“/16/ Mit diesen klaren und alarmierenden Aussagen begann sie ihr Referat über den Kampf gegen den Faschismus auf der Tagung des Erweiterten EKKI im Juni 1923 – vier Jahre nach den allerersten Schritten dieser neuen Variante *bürgerlicher* Politik und Ideologie, ein halbes Jahr nach der Errichtung der ersten faschistischen Diktatur. Obwohl sie ihre Analyse also nur auf einen sowohl zeitlich als auch geographisch sehr begrenzten Fundus von Fakten und Erfahrungen stützen konnte, gelang ihr eine historische Bestimmung und Charakteristik des Faschismus, deren wesentliche Elemente von der Geschichte bestätigt wurden, haben die von ihr entwickelten Schlussfolgerungen für den antifaschistischen Kampf ihre prinzipielle Gültigkeit bis heute bewahrt.

Von den durch Clara Zetkin herausgearbeiteten Wesenszügen des Faschismus sind vor allem fünf hervorzuheben.

Erstens wird der Faschismus eindeutig als Ausdruck der *Offensive* der Großbourgeoisie, der Krise der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates gewertet, welche das Groß-

kapital veranlasst, nach neuen Methoden der Niederhaltung der Massen, aber auch nach neuen Wegen ihrer Bindung an die kapitalistische Ordnung zu suchen. Damit wird der *entscheidende* Zusammenhang der Orientierung der Großbourgeoisie auf den Faschismus mit ihren ökonomischen Zielen und dem Streben nach Sicherung ihrer Herrschaft beleuchtet, werden sein *Klasseninhalt*, seine sozialen Triebkräfte bestimmt.

Zweitens hebt Clara Zetkin hervor, dass der Faschismus nicht allein bürgerlicher *Terror* ist, sondern überall, wo er auftritt – vor allem im Interesse der Bindung von Massen und ihres Missbrauchs zur Durchsetzung imperialistischer Politik –, systematisch ausgeübten Terror mit skrupelloser *sozialer Demagogie* kombiniert.

Drittens werden extremer Nationalismus und die Verherrlichung des bürgerlichen Staates – und zwar in seiner autoritären Form – als weitere, für faschistische Bewegungen und Tendenzen bis heute typische, eng miteinander verknüpfte Bestandteile faschistischer Ideologie und Politik erfasst.

Viertens. *Scharf unterschieden vom Klassencharakter des Faschismus wird seine Massenbasis: das Kleinbürgertum, Teile der Intelligenz und deklassierte Elemente aller Schichten. Diese Abgrenzung war schon deshalb außerordentlich wichtig, weil die Massenbasis des Faschismus von bürgerlichen Ideologen immer wieder dazu benutzt wird, seinen Klassencharakter zu vernebeln und zu verfälschen, indem sie sein großbürgerliches, imperialistisches Wesen negieren und behaupten, er sei ein kleinbürgerliches Phänomen bzw. stelle die Herrschaft deklassierter Elemente über alle Klassen und Schichten der Gesellschaft – auch die Bourgeoisie – dar.*

Fünftens wird das Augenmerk auf den Widerspruch zwischen der Klassenfunktion und der Massenbasis des Faschismus gelenkt, der dessen Achillesferse darstellt. Diese kann und muss insbesondere durch eine konsequente Bündnispolitik gegenüber den Mittelschichten, nicht zuletzt der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Intelligenz, getroffen werden.

Mit dieser klaren marxistischen Verortung des neuen historischen Phänomens „Faschismus“ in Politik und Gesellschaft lieferte Clara Zetkin einen soliden Ausgangspunkt für die stufenweise Erarbeitung der Problematik durch Komintern und KPD.

Es gab auch andere Ansätze. Um die gleiche Zeit schrieb August Thalheimer: „Der deutsche Faschismus ist der Versuch des Kleinbürgertums und der mit ihm verbundenen Schichten der Intelligenz, auf seine, d.h. auf kleinbürgerliche Weise einen Rettungsweg zu versuchen...“/17/ Später definierte er – in Anlehnung an den Bonapartismus-Begriff – den Faschismus als „die Verselbständigung der Exekutivgewalt, die Vernichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und die politische Unterwerfung aller übrigen Gesellschaftsklassen unter die Exekutive.“/18/ Schon der Faschisierungsprozess seit 1929/30 hat diesen theoretischen Ansatz widerlegt; die Herrschaftsstrukturen und –mechanismen des faschistischen Deutschland haben ihn geradezu grausam verhöhnt. Gegenüber Clara Zetkins Thesen von 1923 war es ein enormer Schritt zurück.

Die Gefährlichkeit des Faschismus veranlasste Clara Zetkin, für den wehrhaften Massenkampf gegen den Faschismus auf der Grundlage einer breiten antifaschistischen Einheitsfront einzutreten. In der gemeinsamen Abwehr des faschistischen Terrors erblickte sie „eine der stärksten Triebkräfte“/19/ zur Entwicklung der proletarischen Einheitsfront. Sie wandte sich jedoch entschieden gegen eine einseitige, nur auf die gewaltsame Abwehr des Terrors gerichtete Führung des antifaschistischen Kampfes und unterstrich die ausschlaggebende Rolle des ideologischen und politischen Kampfes.

Zur Revolutions- und Sozialismustheorie

Clara Zetkins Beitrag zur marxistischen Analyse und Verallgemeinerung der durch die Oktoberrevolution ausgelösten Prozesse ist herausragend und von außerordentlichem Gewicht. In der deutschen Arbeiterbewegung gab sie die frühesten, aber auch die klarsten öffentlichen Stellungnahmen zur Oktoberrevolution und zur Entwicklung der Sowjetmacht ab./20/

Ende 1921/Anfang 1922 verfasste Clara Zetkin eine ihrer umfangreichsten Arbeiten (ein Buch von über 200 Seiten): *Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution*.

Anlass war, dass Paul Levi (von Dezember 1920 bis Februar 1921 einer der Vorsitzenden der VKPD) Ende 1921 Rosa Luxemburgs Gedanken „Zur russischen Revolution“ publizierte, die sie im September/Oktober 1918 im Gefängnis niedergeschrieben hatte. Levi versah sie mit einer Einleitung, die länger war als der Luxemburg-Text und seine Absicht deutlich werden ließ. Sie war eine demagogische Denunziation der seit dem Frühjahr 1921 in Sowjetrußland durchgeführten *Neuen Ökonomischen Politik* (NÖP).

„Seit dem Februar 1921 hat die Politik der Bolschewiki einen völligen Umschwung erfahren. Konzession reiht sich an Konzession, Kompromiß an Kompromiß.“/21/ Lenin weist jetzt den Weg zur Restauration des Kapitalismus. „Nicht nur ökonomisch streichen die Bolschewiki ihre alten Ziele. Sie tun es auch ideell.“ (S. 218) Levi begründete das mit Lenins Feststellung, dass man nicht auf Grund des Enthusiasmus unmittelbar, sondern auf Grund der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung gangbare Wege suchen müsse./22/ der Levi dogmatisch Aussagen Lenins von 1918(!) und 1919(!) entgegenstellte. Ein anderer Angriff Levis richtete sich gegen das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft, die der Arbeiterklasse „unversöhnlich“ (S. 220) gegenüberstehe; die Bolschewiki aber hätten sich für die Bauern, gegen die Arbeiter entschieden (S. 217). Die NÖP bedeute „eine grundsätzliche Änderung der Sowjetrepublik in jeder Beziehung“ (S. 212). „Was also ist von der ‚Diktatur des Proletariats‘ geblieben? Nichts.“ (S. 221) Lenin gehe zum Kapitalismus wie die SPD zu Stinnes. Dies wecke Zweifel nicht nur an der Politik der KPR, sondern am Sozialismus überhaupt. „Womit sollen die deutschen Arbeiter Stinnes bekämpfen, wenn er ihnen aus der ‚Roten Fahne‘ den Artikel von Lenin vorliest: ‚Die persönliche Interessiertheit hebt die Produktion‘.“ (S. 231) Levi beschwor Rosa Luxemburg als Kronzeugin für seine von plattem Dogmatismus getragenen Angriffe auf die KPR und behauptete, dass ihre Darlegungen von 1918 „ihr Urteil auch über die jetzige Politik der Bolschewiki ahnen lassen“ (S. 181). Clara Zetkin bemerkte dazu sarkastisch: „Zum ‚Ahnlassen‘ als entscheidendes Moment geschichtlicher Einschätzung fehlen uns noch Tischklopfen und Aussprüche eines Mediums als Äußerungen luxemburgischen Geistes. Lebte Rosa noch, so würde sie sich derartigen politischen Spiritismus sehr unwirsch verbitten.“/23/ Clara hätte sich vermutlich noch etwas drastischer ausgedrückt, hätte sie vorausgesehen, dass der so „radikale“ Levi nur anderthalb Jahre später wieder in der Partei von Ebert und Noske seinen Platz gefunden hatte.

Am 21. Januar 1922 teilte Clara Zetkin ihrem Sohn Maxim mit: „Ich habe zur Antwort auf Levi's Veröffentlichung der ‚Nachlaßbroschüre‘ Rosas eine große Arbeit gemacht, eine ganze Broschüre. ... Ich habe sie in gleicher Liebe für Rosa & die russische Revolution geschrieben.“/24/

Im Vorwort erläuterte sie: „Probleme der proletarischen Revolution bilden den Inhalt meiner Darlegungen. ... Sie tragen nach meiner Ansicht dazu bei, die grundsätzlichen Unterschiede der politischen Einstellung zwischen kleinbürgerlich-demokratischen Reformsozialisten und revolutionären Kommunisten scharf hervortreten zu lassen.“/25/ In ihrer Schrift unterstrich sie Rosa Luxemburgs grundsätzliches Bekenntnis zur Politik der Bolschewiki. Sie hob hervor, dass Rosa sich in der Frage der Konstituante völlig revidiert hatte und verwahrte sich gegen Levis Bestreben, Rosas falsche Auffassungen in der Agrar- und Bündnispolitik gegen die Bolschewiki auszuspielen. Levis methodologischer Grundfehler sei das unhistorische, undialektische Herangehen: Er „hat die bolschewistische Agrarpolitik als ‚Ding an und für sich‘ behandelt, ohne nach dem geschichtlichen Boden zu fragen, auf dem sie sich durchsetzen muß.“/26/

Erfahrungen und Lehren des ersten Versuchs

Die Bedeutung dieser Schrift liegt vor allem darin, dass Clara Zetkin sich nicht damit begnügte, Paul Levis Anwürfe und Missdeutungen zu widerlegen, das Zustandekommen irriger Vorstellungen Rosa Luxemburgs zu erklären, sondern dass sie zu Kernfragen der gesellschaftlichen Entwicklung in Sowjetrußland Stellung nahm und diese im Zusammenhang mit der allgemeinen Problematik des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus erörterte. Dabei zeigte sich eine bemerkenswerte Übereinstimmung mit Lenin sowohl im Herangehen an diese Probleme als auch in deren Einschätzung.

Die in dieser Schrift entwickelten Gedanken wurden von Clara Zetkin noch 1922 in ihrem Referat „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“ auf dem IV. Welt-

kongress der KI (und in ihrem diesbezüglichen Meinungs-austausch mit Lenin) sowie in mehreren Arbeiten Mitte der 20er Jahre präzisiert, vertieft und weiter ausgeführt.

Ihr prinzipieller, methodologischer Ausgangspunkt ist, dass der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kein „konsequent durchgeführter Plan“, sondern nur „ein historisches Werden“/27/ sein könne. Die bolschewistische Politik sei „der erste Versuch größten weltgeschichtlichen Stils, ‚marxistische Politik‘ zu treiben, das gesellschaftliche Leben und seine Entwicklung zu erheben von einem Spiel blind, anarchisch wirkender Kräfte zu einem Werk der Wissenschaft, bewußten Willens“/28/. Sie

kommt zu der überaus wichtigen Erkenntnis – einer Kernfrage der marxistischen Revolutionstheorie (und höchst aktuell!) -, dass das sozialistische Ziel nicht in „eine(m) Sprung“, sondern „nur etappenweise erreicht werden“/29/ kann. Deshalb verteidigte Clara Zetkin mit aller Entschiedenheit die NÖP als einen schrittweisen, realistischen Zugang in Richtung Sozialismus. Mehr als das! In ihrem Brief an Lenin Anfang November 1922 konstatiert sie ihre Allgemeingültigkeit, ihren internationalen Charakter: „Die ‚neue Politik‘ ist nicht nur unter den in Rußland gegebenen Umständen unvermeidlich... Mutatis mutandis wird das Proletariat auch in anderen Ländern nach der Eroberung der politischen Macht den sauren Weg der ‚neuen Politik‘ gehen müssen“/30/

So äußerte sich Clara Zetkin in ihrem Bemühen, den Weg der Oktoberrevolution zu analysieren, seine Erfahrungen für die internationale revolutionäre Bewegung auszuwerten, auch ausdrücklich zum Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem im Komplex dieser Erfahrungen. Sie betonte: „In der geschichtlichen Rechtfertigung der bolschewistischen Politik – in ihrer großen allgemeinen Linie – liegt gleichzeitig ihre Begrenzung.“/31/ Die russische Revolution habe wesentliche Züge des Kampfes der Klassen um den Sozialismus herausgearbeitet. „Jedoch das Wie ihrer Durchsetzung wird zweifellos sehr verschieden sein. Es hängt ab von dem großen Komplex vielgestaltiger und vielverschlungener Umstände, die in den einzelnen Ländern nebeneinander liegen, gegeneinander streiten und höchste geschichtliche Aktivität erlangen, wenn der Hammer Schlag der Revolution die überkommenen sozialen Normen und Bindungen zerstört. Es wird nicht zuletzt bestimmt werden von dem Reifegrad der kapitalistischen Wirtschaft für den Kommunismus und durch das Kräfteverhältnis der miteinander ringenden Klassen.“/32/

Als wichtigste Lehre der Oktoberrevolution und der folgenden sowjetischen Entwicklung für die internationale Arbeiterbewegung betrachtete Clara Zetkin die Lösung der Machtfrage als unumgänglichen Durchgangspunkt auf dem Wege zum Sozialismus. Um „den Sieg der proletarischen Revolution, ihr Fortdauern, ihr Weitertreiben sicher zu stellen“, ist *entscheidend* „die Behauptung der Staatsgewalt“/33/, „daß die politische Macht des russischen Proletariats erhalten bleibt, sich festigt und wächst“

/34/. Deshalb mußten Kommunisten sich vor allem – so vertiefte sie in ihrem Referat auf dem IV. Weltkongress diesen Gedanken – „über das Zentralproblem klarbleiben. Das Zentralproblem ist die Eroberung und Bewahrung der politischen Macht, ist die Staatsgewalt in den Händen des Proletariats. Mit ihr steht und fällt die Möglichkeit, die Gesellschaft zum Kommunismus umzuwälzen, und das als Werk des Proletariats selbst. Der Behauptung der Staatsmacht durch das Proletariat und für das Proletariat sind alle anderen Erwägungen unterzuordnen.“/35/

Sie erläuterte diesen Kerngedanken durch den Vergleich der Erfahrungen in Russland und in Deutschland seit 1917/18.

„... **schwierigste Probleme...**“

Für Clara Zetkin stand es außer Frage, dass die sozialistische Umgestaltung der Sowjetunion eine reale Möglichkeit war. Zugleich war sie bemüht, die ungünstigen, die sozialistische Perspektive gefährdenden Momente und die Bedingungen ihrer Überwindung zu erfassen. Hier verwies sie vor allem auf die ökonomische und technische Zurückgebliebenheit des Landes und „in Verbindung damit die verhältnismäßige Schwäche, Unerfahrenheit, mangelnde Schulung und geringe Arbeitsdisziplin des Industrieproletariats, die in der Vergangenheit verwurzelte Betriebsweise, Mentalität und Kulturarmut der ungeheuren Mehrzahl der schaffenden Massen überhaupt“/36/. Im Widerspruch zwischen dem Streben nach Verwirklichung des Sozialismus und den außerordentlich ungünstigen objektiven und subjektiven Voraussetzungen dafür erblickte Clara Zetkin eine

„ungeheure Tragik des Geschehens“/37/, „die Tragik der Bolschewiki, daß sie die Revolution unter den ‚unmittelbar vorgefundenen Umständen‘ machen müssen“/38/. Sie verglich die sowjetische Gesellschaft der zwanziger Jahre mit „einer auf die Spitze gestellten Pyramide... Unten ... eine junge, gering entfaltete, noch nicht völlig bodenständig gewordene Großindustrie und ein junges, ziffernmäßig wie seiner ganzen Entwicklung nach schwaches Proletariat. Darüber aber die massiven Schichten einer kleinbäuerlichen und handwerklichen Wirtschaft – eine riesenhafte Sammlung aller möglichen rückständigen und rückständigsten Betriebsweisen“/39/. Es wäre ein Wunder, „daß die Pyramide auf ihrer Spitze stehen blieb, während der Bürgerkrieg und der Ansturm der internationalen Gegenrevolutionäre an ihr rüttelten. Allein auf die Dauer“ wäre dieser Zustand unhaltbar /40/.

Unter den Widersprüchen der Sowjetgesellschaft erachtete sie den zwischen sozialisierter Großindustrie und „der ganz überwiegend primitiven Landwirtschaft“/41/ als von besonderer Tragweite. Die private Bauernwirtschaft konserviere die niedrige Produktivität; zugleich erzeuge sie Kapitalismus und fördere die soziale Differenzierung. „Nebeneinander, sich kreuzend und verschlingend, laufen sozialistische und kapitalistische Entwicklungstendenzen.“/42/ Im agrarischen Charakter des Landes, in der Schlüsselrolle der Getreideernte und ihres möglichen Exportanteils für die Akkumulationskraft sah Clara Zetkin „schwierigste Probleme...“, die die Gefahr starker wirtschaftlicher, politischer und sozialer Krisen, das Abdrängen von kommunistischen Zielen in sich bergen“/43/. Ein Ausweg aus dieser überaus komplizierten Situation eröffnete sich nach Clara Zetkin nur, wenn entweder die industrielle und proletarische Basis der „Pyramide“ quantitativ und qualitativ entscheidend gestärkt würde oder aber von außen, durch neue Räterepubliken „mit höchster wirtschaftlicher Entwicklung und höchster Kultur“/44/ Unterstützung käme.

Ein zweiter Aspekt, den Clara Zetkin ansprach, sollte sich als äußerst folgeschwer erweisen. Sie warnte davor, die Lösung der Machtfrage, so entscheidend sie auch sei, zu überschätzen, sie mit der sozialistischen Umwälzung selbst zu verwechseln, zu verkennen, dass sie nur an deren Aufgaben *heranführe*, nur *Voraussetzungen* zu ihrer Lösung schaffe./45/ „Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ... ist nur der Anfang dieser Revolution..., aber nicht der Endsieg über den Kapitalismus. Dieser ist erst erstritten, wenn die wirtschaftlichen Grundmauern der kommunistischen Ordnung soweit emporgestiegen und so festgefügt sind, daß kein Rütteln und Stürmen der kapitalistischen Gewalten sie auseinanderzureißen und umzustürzen vermag.“/46/ Dahin müsse man „durch die Gesamtpolitik und namentlich durch die Wirtschaftspolitik“/47/ gelangen. Dabei gelte es, schwierige Probleme zu lösen, insbesondere das Verhältnis zwischen Stadt und Land, die Beziehungen zwischen dem Sowjetstaat und den wirtschaftlichen Organisationen der Werktätigen, den Gewerkschaften und Genossenschaften, „zwischen den produzierenden Arbeitern auf der einen Seite und den Angestellten, Beamten in den Betrieben auf der anderen, der Bürokratie in den zentralen und lokalen Sowjetämtern“/48/. Wie Lenin warnte sie vor der Bürokratisierung als einer großen, konsequent zu bekämpfenden Gefahr./49/

In diesem Zusammenhang entwickelte Clara Zetkin (zuerst in ihrem Brief an Lenin vom November 1922 /50/) den wichtigen Gedanken, dass die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft als „eine wirklich umwälzende Sozialreform“ vollzogen werden könne. Ihre Basis ist „der Staat der fortgeschrittensten Arbeiterschutzgesetzgebung und sozialen Fürsorge“, ihre Träger, bewegenden Kräfte sind Gewerkschaften und Genossenschaften. Diese „haben in Verbindung mit den Sowjetorganen die Durchführung der Arbeitsgesetzgebung und sozialen Fürsorge zu überwachen und ihre weitere, bessere Ausgestaltung zu bewirken“/51/. Später präziserte sie diesen Gedanken durch die These, dass „nach der Machteroberung ... Reformen und Demokratie zu Bausteinen der sozialistischen Ordnung“

/52/ werden. Diese Überlegungen korrespondierten mit Lenins Vorstellungen über die notwendige Entwicklung einer lebendigen sozialistischen Demokratie und über die Rolle des Genossenschaftswesens als einer Schlüsselfrage des sozialistischen Aufbaus, die er von der Gewerkschaftsdiskussion Ende 1920 bis zu seinen letzten Artikeln und Notizen 1923 immer nachdrücklicher vorgetragen hatte. Diese von Clara Zetkin offensichtlich geteilten Vorstellungen wiesen den – nach Lenins Tod nur sehr inkonsequent, mit ganz wesentlichen Abstrichen und teilweise deformiert weiter gegangenen – Weg einer schrittweisen, realistischen, wissenschaftlich begründeten sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft.

Um die sozialistische Perspektive

1922 – noch vor dem Aufschwung der revolutionären Bewegung in Deutschland, Bulgarien und anderen Ländern 1923 – wurde mit deren Fortschreiten und einer Veränderung des internationalen Kräfte- verhältnisses zugunsten der Sowjetrepubliken gerechnet und die sozialistische Perspektive mit dieser Erwartung verknüpft. Durch die 1924 einsetzende, sich rasch ausbreitende kapitalistische Stabilisierung aber gewann die Frage der Perspektive des sozialistischen Aufbaus erneut an Brisanz, spitzten sich die Debatten darüber jäh zu./53/

Die Mehrheit der KPR(B), repräsentiert durch Lenins Stellvertreter und Nachfolger als Regierungschef, Alexej Rykow, den angesehensten Theoretiker der Partei und der Komintern, Nikolai Bucharin, den Generalsekretär des ZK, Josef Stalin, das Staatsoberhaupt, Michail Kalinin, und den Gewerkschaftsvorsitzenden, Michail Tomski, trat *unter diesen konkreten historischen Bedingungen* für den fortschreitenden Aufbau des Sozialismus im Rahmen der UdSSR ein. Als wichtigste innen- und außenpolitische Bedingungen erachtete sie die Weiterführung der NÖP, insbesondere die Erhaltung und Festigung des Bündnisses mit den werktätigen Bauern, und „normale“ Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten.

Eine Minderheit, repräsentiert durch die Politbüromitglieder Lew Kamenew (bis Dezember 1925 Vorsitzender des Politbüros des ZK), Grigorij Sinowjew (bis Herbst 1926 Vorsitzender der KI) und Leo Trotzki (bis Januar 1925 Volkskommissar für Militär- und Marinewesen und Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrats der UdSSR) verstand sich als linke Opposition. Sie stigmatisierte das Konzept der Mehrheit als „Ersetzung der internationalen revolutionären Perspektive“ durch eine „nationalreformistische Perspektive“/54/.

Am spektakulärsten prallten die divergierenden Positionen auf dem VII. Erweiterten EKKI-Plenum (November/Dezember 1926) aufeinander./55/ Wie die große Mehrheit der EKKI-Mitglieder unterstützte Clara Zetkin mit Nachdruck den Standpunkt der KPdSU(B)-Mehrheit und verurteilte das Auftreten der Opposition.

In ihrer beeindruckenden Diskussionsrede entwickelte sie vor allem zwei grundlegende Gedanken.

Vor allem bestimmte sie unzweideutig den konkreten historischen Platz der laufenden Debatte. Es gehe überhaupt nicht mehr um „die abstrakte Frage: Ist der Sozialismus in einem Lande möglich, ohne daß ihm die Revolution in einigen hochentwickelten kapitalistischen Ländern in Gestalt von Sowjetstaaten Bundesgenossen an die Seite stellt?“/56/ Diese Frage sei schon überholt, durch die Geschichte – die erfolgreiche Entwicklung des Sowjetstaates in den vergangenen Jahren – längst beantwortet. Durch die Oktoberrevolution und die Behauptung der Sowjetmacht sei eine ganz andere, „lebensstrotzende Frage ... auf die Tagesordnung der Geschichte gestellt“: Die „Aufrechterhaltung und Weiterführung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion...“/57/ Jetzt gehe es um das *Wie* des sozialistischen Aufbaus und die Mobilisierung der Kräfte für ihn.

Zum anderen polemisierte Clara Zetkin gegen die von den Oppositionellen /58/ vorgenommene undialektische Gegenüberstellung „internationale sozialistische Weltrevolution oder aber nationale, reformistische Entwicklung“/59/, durch die der internationale und der nationale Faktor, das Allgemeine und das Besondere des revolutionären Prozesses auseinandergerissen, ja entgegengesetzt werden, die in der Realität eine untrennbare Einheit bilden. Jede Unterschätzung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion schade dem revolutionären Weltprozess, denn „für die proletarische Weltrevolution ist der fortschreitende sozialistische Aufbau in der Sowjetunion eine der allerstärksten, treibenden und Sieg verheißenden Kräfte“/60/. Und „jede Stockung, jedes Zurückweichen“ dabei „wird lähmend zurückwirken“/61/ auf das internationale Proletariat.

Natürlich vollziehe sich der sozialistische Aufbau in der UdSSR unter dem ständigen Druck der kapitalistischen Umwelt. Aber: „Wie die politische, wird auch die wirtschaftliche Einheitsfront der kapitalistischen Länder gegen die Sowjetunion durch die kapitalistische Profitgier immer wieder zerrissen.“ /62/ Der Sowjetstaat könne, gestützt auf das Staatsmonopol des Außenhandels, die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander ausnutzen.

Clara Zetkin verwies auch auf zwei gewichtige objektive Faktoren, die den sozialistischen Aufbau in der UdSSR begünstigen würden: ihre gewaltige Ausdehnung und ihren Reichtum an natürlichen Ressourcen./63/

Als überaus schädlich und gefährlich erachtete Clara Zetkin die Neigung der Oppositionellen, sich „in Wunschvorstellungen über die proletarische Weltrevolution [zu] flüchten, die mit einem Schlag alle Probleme und Aufgaben lösen und alle Schwierigkeiten beseitigen wird“/64/. Nicht nur, weil das – und die Geschichte hat ihr Recht gegeben – unreal war, oder weil eine Einstellung, die „die Sicherstellung des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion vom baldigen Ausbruch von Revolutionen in einzelnen kapitalistischen Ländern abhängig macht“/65/, gefährliches politisches Abenteuerium befördert.

Vor allem auch, weil ein solcher *Fatalismus* die Entwicklung des subjektiven Faktors hemme.

Von nicht geringerer grundsätzlicher Bedeutung war auch ihre Verurteilung all jener, „die sich mit Eifer auf die russische Frage stürzten, um dadurch zu verdecken, daß ihnen vollständig die politische Fähigkeit fehlt, die Probleme und Aufgaben der kommunistischen Partei im eigenen Lande auch nur richtig zu sehen und zu formulieren, geschweige denn zu lösen“/66/.

Auch mit dieser Rede griff Clara Zetkin nicht nur an einem Wendepunkt positiv in die politische Entscheidungsfindung ein, sondern setzte zugleich bemerkenswerte ideologische Akzente.

Clara Zetkins Reflexionen über die gesellschaftliche Entwicklung in der jungen Sowjetunion waren ein wesentlicher Beitrag, um die reale Problematik der *Übergangsperiode* zum Sozialismus zu erfassen.

Sie gehören ebenso wie ihre Faschismus-Analyse und ihre Betrachtungen zur Einheitsfrontpolitik zu den Seiten ihres theoretischen Schaffens, die ein besonderes Interesse – auch unter aktuellem Aspekt – beanspruchen können.

Anmerkungen

- * Vortrag auf der Konferenz der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal „Clara Zetkin – ein widerständiges Leben“, Stuttgart, 14. Mai 2017.
- 1 F. Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 4, Berlin 1963, S. 506.
- 2 Briefe Deutscher an Lenin, 1917-1923, Berlin 1990, S. 216.
- 3 C. Zetkin: Die Arbeiterregierung. In: dies., Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974, S. 155.
- 4 Ebenda.
- 5 Bundesarchiv, SAPMO, RY 1/I, 1/8/1, Bl. 73/74.
- 6 C. Zetkin: Die Arbeiterregierung, S. 161.
- 7 C. Zetkin: Diskussionsrede auf dem V. Erweiterten EKKI-Plenum. In: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, S. 201.
- 8 C. Zetkin: Diskussionsrede auf dem V. Kongress der KI, ebenda, S. 197.
- 9 Ebenda, S. 192/193.
- 10 Bundesarchiv, SAPMO-Barch, NY 4005/49, Bl. 88 u. 93.
- 11 Ebenda, Bl. 93.
- 12 Ebenda, NY 4036/521, Bl. 103.
- 13 C. Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960, S. 496.
- 14 Ebenda, S. 535.
- 15 Ebenda.
- 16 Ebenda, S. 689.
- 17 Die Internationale, 1923, Heft 2, S. 38.
- 18 A. Thalheimer: Programmatische Fragen, Mainz (1993), S. 62.
- 19 C. Zetkin, Bd. II, S. 728.
- 20 Vgl. Heinz Karl: Clara Zetkin über die Oktoberrevolution und die sozialistische Perspektive. In: Geschichtskorrespondenz, April 2007, S. 6/7.
- 21 Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, Berlin (1990), S. 182. – Alle folgenden Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf diese Veröffentlichung.
- 22 Vgl. W.I. Lenin, Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 38.
- 23 C. Zetkin: Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution, Hamburg 1922, S. 132/133.
- 24 Bundesarchiv, SAPMO-Barch, NY 4005/64, Bl. 60.
- 25 C. Zetkin: Um Rosa Luxemburgs Stellung, S. XIV.
- 26 Ebenda, S. 162.
- 27 Ebenda, S. 216.
- 28 Ebenda, S. 224.

- 29 Ebenda, S. 144.
- 30 C. Zetkin: Brief an W.I. Lenin. In: Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden und Briefe 1917-1933, Berlin 1977, S. 243/244.
- 31 Zetkin: Um R. Luxemburgs Stellung, S. 217.
- 32 Ebenda.
- 33 Ebenda, S. 152.
- 34 Ebenda, S. 178.
- 35 C. Zetkin: Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution. Referat auf dem IV. Weltkongress der KI. In: Für die Sowjetmacht, S. 291.
- 36 C. Zetkin: Die russische Revolution auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. In: Die Kommunistische Internationale, 4. Jg., H. 24/25, S. 11.
- 37 Zetkin: Um R. Luxemburgs Stellung, S. 140.
- 38 Ebenda, S. 213.
- 39 Ebenda, S. 142.
- 40 Ebenda, S. 143.
- 41 C. Zetkin: Die Bedeutung der aufbauenden Sowjetunion für die deutsche Arbeiterklasse, Berlin 1926, S. 7.
- 42 Ebenda.
- 43 Ebenda.
- 44 Zetkin: Fünf Jahre russische Revolution, S. 273.
- 45 Vgl. C. Zetkin: Die weltgeschichtliche Bedeutung des ersten Arbeiterstaates. In: Für die Sowjetmacht, S. 424.
- 46 Zetkin: Um R. Luxemburgs Stellung, S. 177.
- 47 Zetkin: Fünf Jahre russische Revolution, S. 290.
- 48 Ebenda.
- 49 Vgl. Zetkin: Um R. Luxemburgs Stellung, S. 55.
- 50 Zetkin: Brief an W.I. Lenin, S. 243.
- 51 Zetkin: Fünf Jahre russische Revolution, S. 289.
- 52 Zetkin: Die weltgeschichtliche Bedeutung des ersten Arbeiterstaates, S. 424.
- 53 Vgl. H. Karl: C. Zetkin über die Oktoberrevolution, S. 10.
- 54 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 22. November-16. Dezember 1926, (Hamburg 1927), S. 685 (L. Kamenew).
- 55 Vgl. H. Karl: Zetkin über die Oktoberrevolution, S. 10/11.
- 56 C. Zetkin: Diskussionsrede auf dem VII. Erweiterten EKKI-Plenum, 13. Dezember 1926. In: Für die Sowjetmacht, S. 394.
- 57 Ebenda.
- 58 Vgl. Anm. 54.
- 59 Zetkin: VII. Erweitertes EKKI-Plenum, S. 392.
- 60 Ebenda, S. 403.
- 61 Ebenda.
- 62 Ebenda, S. 398.
- 63 Vgl. ebenda, S. 399.
- 64 Ebenda, S. 401.
- 65 Ebenda, S. 402.
- 66 Ebenda, S. 392.
-]

Veranstaltungen des Arbeitskreises September - Ende 2017

Donnerstag, 14. September Was war das „Kominform“-Büro?
Einführung: Prof. Dr. Eckhard Trümpler

Sonnabend, 14. Oktober Konferenz:
Ist die antifaschistische Volksfrontpolitik gescheitert?

Vorträge:

Prof. Dr. Heinz Karl (Berlin)

Wie entstand die Volksfront und welche Ergebnisse hatte sie?

Hermann Kopp (Düsseldorf)

Hat uns die Volksfrontpolitik heute noch etwas zu sagen?

Dazu laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Partei-vorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e.V., Wuppertal, und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von 11.00 bis 17.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*,
Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Donnerstag, 23. November Was brachte das Jahr 2017?
Einführung: Dr. Hans Modrow

Die **Donnerstag-Veranstaltungen** beginnen jeweils um **16.00** Uhr. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-65 970 79

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-98 665 74